

Jetzt! Ein-tägiger Generalstreik

So vielen gleichzeitig so viel zu nehmen – das Umverteilungspaket der Regierung ist einmalig in der Nachkriegsgeschichte.

Beschäftigte und Arbeitslose, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Rentner, SozialhilfeempfängerInnen, Gesunde, Kranke, –niemand wird geschont.

Georg Kümmel, Köln

Neu ist nicht die Umverteilungspolitik, neu ist das Ausmaß. In den achtziger Jahren

tum und Beschäftigung" nennen die Konservativen ihr Umverteilungspaket. Das ist Zynismus. In den letzten 13 Jahren hat dieselbe konservative Regierung unzählige Maßnahmen unter dem Etikett „Für Wachstum- und Beschäftigung“ umgesetzt. Kürzungen bei Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Mieterhöhungsgesetze, Gesundheitsreformen, Steuererhöhungen, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Abbau demokratischer Rechte, Deregulierung, Privatisierung.

„Es war schon lange klar, aber jetzt ist es sicher: Bündnisgespräche haben Kohl und die Unternehmer ermutigt, zum Frontalangriff auszuholen. Der Kampf gegen das Sparpaket muß beispiellos sein. Einzelne Demos werden nicht ausreichen, wer nicht hören will muß fühlen. Es liegt in der Verantwortung des DGB, einen Generalstreik vorzubereiten. Alle Beschäftigten sind aufgerufen, die Forderung nach einem eintägigen Generalstreik in die Belegschaften und Gewerkschaften hineinzutragen.“

Thorsten Wenderoth, IGM-Vertrauensmann VW Kassel

entstand das Wort von der Zweidrittel-Gesellschaft. Zweidrittel haben ihr Auskommen, ein Drittel wird ärmer. In den neunziger Jahren soll die neunzehntel-Gesellschaft entstehen. Ein Zehntel wird reicher, neun Zehntel werden ärmer.

Zynismus pur

50 Milliarden DM zuzüglich Steuergeschenke an die Besitzenden sollen umverteilt werden. Das entspricht einer Einkommens Kürzung um mindestens vier Prozent. Zahlbar nicht nur einmal, sondern Jahr für Jahr.

Und das ist erst der Anfang. Nach der gesetzlich gesicherten Lohnfortzahlung soll die tariflich vereinbarte fallen. Die nächsten Sparpakete liegen schon in der Schublade. „Programm für mehr Wach-

noch mehr Arbeitslosen führen. Das Umverteilungspaket ist an sich schon schlimm genug. Kombiniert mit der Heuchelei, Selbstgefälligkeit und Dreistigkeit von Regierung und Kapital ist es eine einzige Provokation.

„Sozial ausgevogelt“ soll es sein und „Alle Seiten müssen Opfer bringen“. Das Gegenteil ist der Fall: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall? Dividenden und Zinsen fließen auch wenn der Herr Millionär mal krank ist. Kürzere Kuren und höhere Zahlungen? Welcher Millionär ist bei der AOK versichert und fährt zur Kur nach Bad Salzungen? Kürzung der Sozialhilfe? Welcher Millionär ist betroffen? Später in Rente? Millionäre kassieren ihr Leben lang Renten – auf Aktien. Nullrunde auch bei Einkünften aus Firmen und Vermögen? Das Gegenteil ist das Ziel.

Abschaffung der Vermögenssteuer? Frau Anjke K., alleinerziehend, zwei Kinder, Sozialhilfeempfängerin, weiß noch gar nicht was sie mit dem vielen Geld machen soll, wenn die Vermögenssteuer endlich abgeschafft wird. Aber halt, die Verschiebung der Kindergelderhöhung trifft alle Eltern gleichermaßen. Ja, wohl auch Teo Waigel, Bundesfinanzminister, drei Kinder und mehrere zehntausend Mark Monats-einkommen. Armer Minister, da heißt es sich einschränken. Aber vielleicht bleibt es ja bei der Erhöhung der Abgeord-

„Ich bin der Meinung, ein Generalstreik ist unser einziges Mittel, als Arbeitnehmer zur Rettung des Sozialstaates beizutragen.“

Bärbel Ludwig, ÖTV-Mitglied, Frauenbeauftragte Stadtbauverwaltung Bremerhaven

zu schaffen“: – Rekordarbeitslosigkeit in Deutschland.

Zum neuen Riesensparpaket gehört die Riesenlüge: Die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 halbierten. Doch sinkende Kaufkraft, längere Lebensarbeitszeit, weniger Urlaub, Abbau von Kündigungsschutz werden zu

netenbezüge?

„Sparpaket ja“ – nur gerecht müßte es sein“ sagt die SPD-Führung. Es gibt nur ein gerechtes Umverteilungspaket, eines was das Geld dort holt wo es ist: Bei Banken, Konzernen und deren Besitzern. Die SPD könnte im Bundesrat solch ein beispiel-



Weder Abwarten noch Briefe an die CDU-Kreisverbände, wie sie DGB-Chef Schulte geschrieben hat, werden das Sparpaket verhindern, sondern massive Gegenwehr aller ArbeitnehmerInnen. Dazu braucht es Druck von unten. Die Arbeiter von Deutz-Fahr in Köln haben nicht auf „Anweisungen von oben“ gewartet, sondern selbst die Initiative ergriffen und streiken gegen die Schließung ihres Betriebes.

haftes Sparpaket vorschlagen. Aber überall wo die SPD in der Verantwortung ist, das gleiche Bild: Kürzen bei den Armen statt streichen bei den Reichen. Dieses Wirtschaftssystem, das

Menschen Arbeit und Einkommen nimmt, ist faul. Wir brauchen eine andere Politik, wir brauchen eine andere Regierung, wir brauchen eine andere, eine sozialistische Gesellschaft.

Das heißt, weder Diktatur des Marktes noch Diktatur einer privilegierten Bürokratie.

Ihr da oben ...



Gewinne explodieren ...

Die Netto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind von 1979 bis 1995 um 190,7 Prozent gestiegen, die Netto-Löhne und -Gehälter um 105,8 Prozent. Allein 1995 stiegen die Netto-Gewinne um 12 Prozent.

Löhne fallen ...

Trotz steigender Einkommen ist die Kaufkraft der westdeutschen Arbeitnehmer heute kaum höher als 1980. Durch gestiegene Preise und Abgaben liegt sie 1995 weniger als drei Prozent über dem Wert von 1980. Seit 1990 sind die Reallohne sogar gesunken, allein 1995 sanken sie um 1,5 Prozent.

Geld ist genug da

Ein Prozent der Deutschen besitzt satte 2200 Milliarden DM Geldvermögen, zehnmal mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammengenommen.

Reiche zahlen wenig Steuern

Von 1983 bis 1995 ist der Anteil der von Unternehmen zu zahlenden Steuern an den Steuereinnahmen von 13,1 auf 5,7 Prozent gesunken. Und jetzt will die Bundesregierung noch die Vermögens- und Gewerbesteuerabschaffung, Hamburgs Bürgermeister bekannte kürzlich, daß in seiner Stadt 100 Millionäre leben, die keinen Pfennig Steuern zahlen. Die tatsächliche Steuerlast der Unternehmen beträgt nur 20 Prozent.

Der Staat macht sich arm

5 Prozent der Neuerschuldung des Bundes gehen ausschließlich auf das Konto Steuererleichterung für Unternehmen und Vermögensinkommen. Unternehmen und Banken leihen dem Geld das Geld, was sie durch Steuererleichterungen geschenkt bekommen und kassieren jährlich etwa 120 Milliarden DM Zinsen.

Mehr Millionäre

80 Milliarden besitzen allein 249 Milliarden DM. In den ersten sechs Regierungsjahren Kohls (1982-1988) ist die Anzahl der Menschen mit mehr als eine Million DM brutto Jahreseinkommen um 80 Prozent gestiegen.

Zahlen nach Veröffentlichungen der IG Metall, des DGB sowie der PDS-Bundestagsgruppe



... wir hier unten

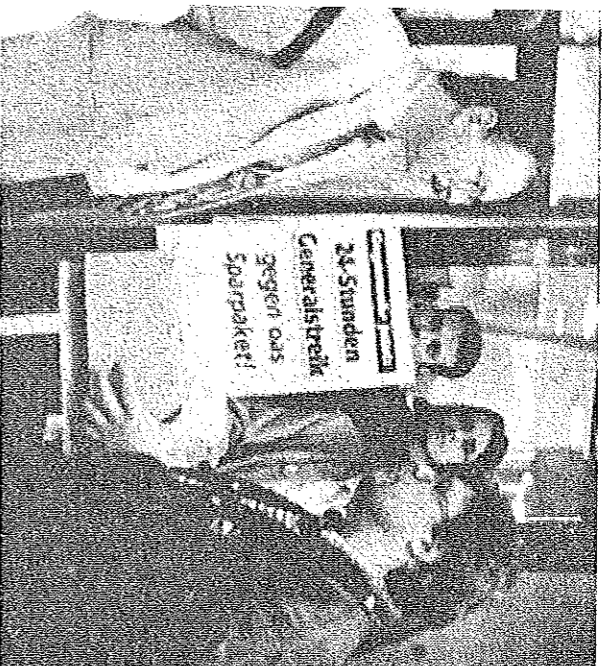
Kampagne für Generalstreik

Die Stimmung für einen Generalstreik wächst, da helfen auch Zwickels und Schultes Beschwörungen nicht, man würde nicht gegen eine gewählte Regierung streiken. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), Gisbert Schlemmer, meint, daß „die nächsten Großkundgebungen während der Arbeitszeit stattfinden (müssen). Dies bekommt dann einen Generalstreikscharakter.“

Claus Ludwig, IG Medien-Mitglied, Köln

Bei einer Vertrauensleute-Vollversammlung im VW-Werk Bannatal bei Kassel gab es tosenden Beifall, als ein Vertrauensmann einen einträgigen Generalstreik forderte. Auch Betriebsratsmitglieder bei VW Hannover haben die Forderung in ihrer Zeitung, „Der Zündfunke“ aufgeführt.

Auf der HBV-Demonstration am 28. April hat die SAV eine Unterschriftenkampagne für einen einträgigen Generalstreik begonnen. Die Reaktion war hervorragend. Fast jede Kolonne, die angesprochen wurde, hat unterschrieben. So ging es auch am 1. Mai und bei den



Übergabe der ersten 2000 Unterschriften beim DGB-Sozialgipfel

Warnstreiks der ÖTV und den

Protestaktionen anderer Gewerkschaften weiter. Beim „Sozialgipfel“ des DGB Anfang Mai konnten wir die ersten 2000 Unterschriften übergeben.

Inzwischen haben auch sich auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Mecklenburg-Vorpommern und der DGB Greifswald der

Kampagne angeschlossen.

Von seiten der DGB-Führung wird die Demonstration am 15. Juni als Dampfhaß-Aktion betrachtet, nach dem Motto: „Jetzt zeigen wir mal, wie viele wir sind, dann ist auch gut.“ Aber diese Grobedemonstration kann nur der Auftakt zu Streikaktionen sein.

Am 27. Juni ist die zweite Le-

sung des Sparpakets im Bundes-tag. Das ist eine gute Gelegenheit, die Stärke der Arbeitnehmerkraft zu zeigen. Der DGB muß für den 27. Juni zu einem ganzträgigen, 24stündigen Generalstreik aufrufen. Damit Schulte und Co. diese Erkenntnis teilen, muß allerdings mehr Druck aus den Betrieben kommen. Die Stimmung für entschiedene Gegenwehr wird verpuffen, wenn sie nicht organisiert wird.

Was man tun kann

In allen Betrieben sollten Unterschriften gesammelt werden. Vertrauenskörper, Abteilungen und Gewerkschaftsgliederungen sollten Beschlüsse fassen und den DGB-Vorstand mit der Forderung nach einem Generalstreik bombardieren.

Die Demonstration am 15. Juni bietet eine gute Gelegenheit zu zeigen, daß wir mehr wollen als nur eine Demo. Kolonnen sollen Schilder und Transparente mit der Generalstreikfördernde herstellen und gut sichtbare und lauterstärke Blöcke für den Generalstreik bilden.

Die höheren Gewerkschaftsfunktionäre wie Schlemmer von der GHK oder Hermann Zoller

von der IG Medien, die sich für politische Streiks ausgesprochen haben, dürfen es nicht bei unverbindlichen Äußerungen belassen oder sich mit einer Abstimmung im DGB-Bundesvorstand zufriedengeben. Sie müssen diese Forderung in die Einzelgewerkschaften hineinragen und dafür ihren Apparat nutzen.

Ein Schreiben an sämtliche Vertrauenskörper, Betriebsräte, Ortsvereine und ein Massenflugblatt mit Unterschriftenliste für sämtliche Grobbetriebe dürfte kein Problem für die GHK und die IG Medien sein.

Bündnispartner in anderen Gewerkschaften werden sich finden. Dazu gehört allerdings die Entschlossenheit, sich massiv mit der Führung des DGB anzulegen.

Die Zeit für eine massive Gegenwehr ist günstig. Diese Gelegenheit darf nicht verpaßt werden. Reden wir endlich französisch mit Kohl und Kapital. Unterschriftenlisten und weitere Informationen der Kampagne „Gewerkschaften für Generalstreik“ können bei der SAV, Hansaring 4, 50670 Köln, bestellt werden. Tel. (022-1) 134504 Fax (022-1) 137280.

Frauen besonders betroffen

Für Frauen ist das Sparpaket eine Briefbombe. Änderung des Ladenschlussgesetzes, des Kündigungsschutzgesetzes und des Rentenalters, Verschiebung der Kindergeldhöhung und auch Kürzungen zu Lasten der Kommunen treffen besonders Frauen.

Melgard Schulze, Kassel

Die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre ist jedoch der dickste Hammer. Frauen über 55 haben es jetzt schon schwer auf dem Arbeitsmarkt. 120 000 sind arbeitslos und haben kaum Vermittlungschancen.

Kohl läßt den Trend erforschen

Wie frau der Arbeitslosigkeit entgegen kann, erklärte am 8. März ein Hamburger „Trendforscher“: „Nach der Emanzipation, der Karrierefrau und den Bad Girls schlägt nun die Stunde der gut ausgebildeten, erotischen Hausfrau. Heim an den Herd, aber nicht mehr als verhuschtes Mäuschen.“

Sie sollen jetzt noch Jahre länger arbeitslos sein oder auf 20 Prozent ihrer Rente verzichten. Jedes Jahr, das Frauen länger arbeiten müssen, ist ein Jahr, in dem Jugendliche arbeitslos sind.

Die Durchschnittrente von Frauen liegt bei 798 DM, 1000 DM weniger als Männer. Laut „Frankfurter Rundschau“

liegt der Anteil der Frauen, die sich Abschlüsse leisten können, im Westen unter 1 und im Osten unter 0,5 Prozent.

Vorschläge, wie sie in den letzten Wochen von Politikerinnen kam, daß Frauen pro Kind ein Jahr früher die Rente gestaltet werden könnte, sind zynisch.

Kündigungsschutz

Jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet in einem Betrieb mit weniger als 10 Beschäftigten, 3,7 Millionen Männer und 4,8 Millionen Frauen. Von der geplanten Lockerung des Kündigungsschutzes sind also wesentlich mehr Frauen

en als Männer betroffen.

Obwohl Frauen nur 40 Prozent der Arbeitskräfte darstellen, ist ihr Anteil an Arbeitslosen überdurchschnittlich. In Ostdeutschland waren im Jahresdurchschnitt 660 000 Frauen arbeitslos, 63 Prozent der Arbeitslosen und 77 Prozent der Langzeitarbeitslose.



Frauen arbeiten noch immer in den schlechter bezahlten Berufen, sie können sich absolut keine Abstriche leisten.

Ladenschluß

Keine der Maßnahmen der Regierung wird Arbeitsplätze schaffen. Die Änderung des Ladenschlussgesetzes wird durch verstärkte Konzentration im Einzelhandel nach Schätzungen der Gewerkschaften zum Abbau von mindestens 11 000 Arbeitsplätzen führen.

Zusätzlich werden Vergünstigungen für die Unternehmen wie die Abschaffung der Gewerbesteuer dafür sorgen, daß auch die Kommunen weniger Geld haben und weitere Sparmaßnahmen ergreifen.

Bereits in der Vergangenheit waren Frauen von Kürzungen zum Beispiel auf kommunaler Ebene, besonders betroffen. Aber Frauen sind auch bereit sich zu wehren. Das haben nicht nur die Streiks im Einzelhandel und der Süßwarenindustrie letztes Jahr bewiesen, sondern auch

die große Demonstration gegen die Änderungen des Ladenschlussgesetzes: 50 000 Frauen und Männer demonstrierten am 28. Juni in Bonn.

Viele Kolleginnen unterschreiben die Listen für einen einträgigen Generalstreik – sogar Kolleginnen der DAG.

„Rotstift“ Nr. 5 erschienen

Die fünfte Ausgabe des „Rotstift“, Belegblatt von Kollegen bei VW Kassel ist erschienen.

Inhalt: Generalstreik, Lehren aus dem Kampf gegen §116, Streik bei General Motors. Bestellungen an Redaktion VORAN oder Redaktion „Rotstift“, Heinrich-Heine-Str. 47, 34121 Kassel, Fax: (0561) 285339

Sparpaket stoppen!

Für einen einträgigen Generalstreik

WIKAMER
Betrobende von Kollegen für Kollegen

Bestellungen an Redaktion VORAN oder Redaktion „Rotstift“, Heinrich-Heine-Str. 47, 34121 Kassel, Fax: (0561) 285339

Bestellungen an Redaktion VORAN oder Redaktion „Rotstift“, Heinrich-Heine-Str. 47, 34121 Kassel, Fax: (0561) 285339

Kampf gegen das Sparpaket Studium nur für die Kinder der Reichen

Angeblich hängen massenhaft Studenten auf Staatskosten an den Unis rum, genießen hemmungslos Studententarife für Museen, den öffentlichen Nahverkehr und preiswertes Mensa-Essen. Sie blockieren die Universitäten und warten auf die Rente. Problem erkannt, Problem gelöst, unsere Politiker haben zahlreiche Vorschläge, wie sie diesem Schmarotzertum ein Ende setzen wollen.

Inanka Figors, Studentin, Bremen

Diskutiert wird, einen Teil der BAföG-Leistungen zum banküblichen Satz zu verzinsen.

Im Klartext: die Studienförderung wird teilweise in einen normalen Bankkredit umgewandelt. Der Schuldenberg, vor dem die Studenten nach ihrem Studium stehen, wird dadurch von 30 000 auf bis zu 70 000 DM steigen.

Weiter ist die Einführung von Studiengebühren in Planung, 1000 DM pro Semester. Studiengebühren und Schulgeld wurden seit einem Jahrhundert von der Arbeiterbewegung und besonders von den Sozialdemokraten als undemokratisch und

arbeiter(kinder)feindlich angesehen. Heute sind es SPD-Vordenker wie Grotz, die diese „Reform“ begeistert unterstützen.

Im Sparpaket sind weitere Vorschläge zu finden, wie man immer mehr Leute von den Unis fernhalten kann. So sollen statt bisher sieben nur noch drei Jahre der Ausbildung auf die Rente angerechnet werden. Für Abiturienten reicht die Zeit gerade um Abi zu machen, das Studium fällt vollkommen raus. Stattdessen sollen Studierende ab 590 DM monatlichem Einkommen fast 20 Prozent Rentenversicherungsbeträge bezahlen.

Zwei-Klassen-Uni

Wer bisher mit 1000 DM Nebenverdienst gerade eben über die Runden kam, kann davon fast 200 DM abschreiben. Bei den Mietpreisen bedeutet das für viele das Ende des Studiums – oder die Verlängerung desselben, weil man mehr arbeiten muß.

All diese Pläne treffen StudentInnen aus weniger zahlungskräftigen Elternhäusern.

Die neueste Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt: Schon jetzt sind die Kin-

der aus Arbeiter- und sozial schwachen Familien an den Unis schwach vertreten.

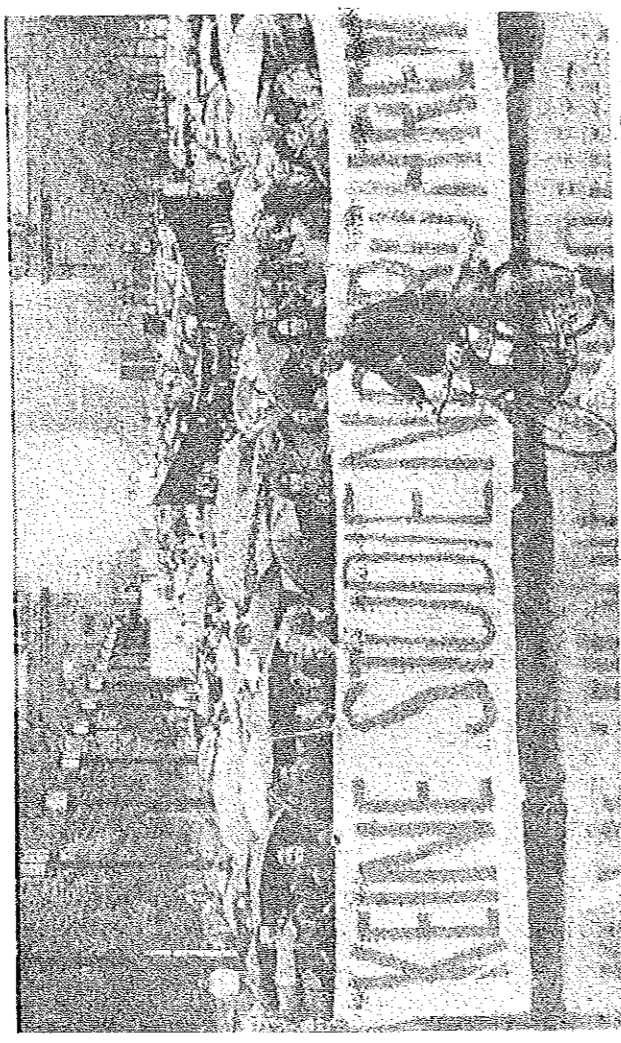
Gerade mal 14 Prozent der Studierenden kommen aus sozial schwachen Haushalten – 1982 waren es immerhin noch 23 Prozent. dagegen stieg der Anteil von Studenten aus der Oberschicht von 18 auf 27 Prozent.

Wir wollen keine Unis nur für Reiche. Wir müssen uns wehren. Nicht nur gegen Bildungskürzungen, sondern gegen den Zukunftsklau in allen Bereichen. Nur wenn alle, Studenten, Azubis, Schüler, Arbeiter und Arbeitslose gemeinsam kämpfen, können wir etwas erreichen.

Die Demonstration am 15. 6. gegen Sozialabbau in Bonn ist ein Schritt zum gemeinsamen Widerstand.



30 000 Studierende gingen in Berlin gegen Elite-Bildung auf die Straße



Unterweser-Werften

Lohnverzicht rettet die Werften nicht

„Wir kämpfen und feiern“, hieß es am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung in Bremerhaven. Doch was das Kampfzerische angeht, war dort wenig zu spüren. Wie auch?

Martin Korte, IGM-Mitglied, Bremerhaven

Die WerftarbeiterInnen, um die es ging, waren kaum anwesend. Sie hatten am Tag zuvor auf Drängen von IG Metall und Betriebsräten ihre Aufhebungsverträge beim Vulkan unterzeichnet und waren in die Beschäftigungsgesellschaft „Mypegasus“ gewechselt. Sie hatten natürlich wenig Lust Biere zu stemmen, und wenn, dann bestimmt nicht, weil es etwas zu feiern gab.

Politiker, IG Metall und die Betriebsräte hatten die KollegInnen erfolgreich vom Kampf abgehalten und wollen alles von oben regeln.

„Mypegasus“ soll den festgefahreten Karren aus dem Dreck ziehen. Wieder nur eine Beruhigungsspielle oder die einzige Alternativen? Wie das so ist in Zeiten, in denen man kein Land sehen kann, wird nach jedem Strohhalm gegriffen.

Es existiert weder ein Konzept für die Zukunft der Arbeitsplätze noch ein privater Kapitalist als Weihnachtsmann, der sich für die Werften interessiert. Eigentlich ist jedem klar, daß für die meisten KollegInnen Schluß ist, wenn nächstes Jahr die Beschäftigungsgesellschaft ausläuft. Das Handelsblatt vom 3. 9. 96 schreibt: „Entgegen ihrem öffentlich demonstrierten Optimismus sieht die Bremer Landtagsregierung für die insolventen Weser-Werften in der Bremer Vulkan-Verband AG offenbar nur geringe Überlebenschancen ... Die Banken seien auf der Auftragsfinanzierung ohne öffentliche Absicherung kaum noch bereit.“

Die KollegInnen müssen jetzt

Die „Sachzwänge“ eines PDS-Bürgermeisters

Am ersten Mai marschieren 300 bundesweit mobilisierte Nazis, darunter führende Kader verbotener Organisationen wie FAP und NF, durch Marzahn. Rund 50 KollegInnen führen spontan hin, als sie auf der zentralen DGB-Demo davon erfahren. Das waren bei dem riesigen Polizeiaufgebot natürlich viel zu wenige.

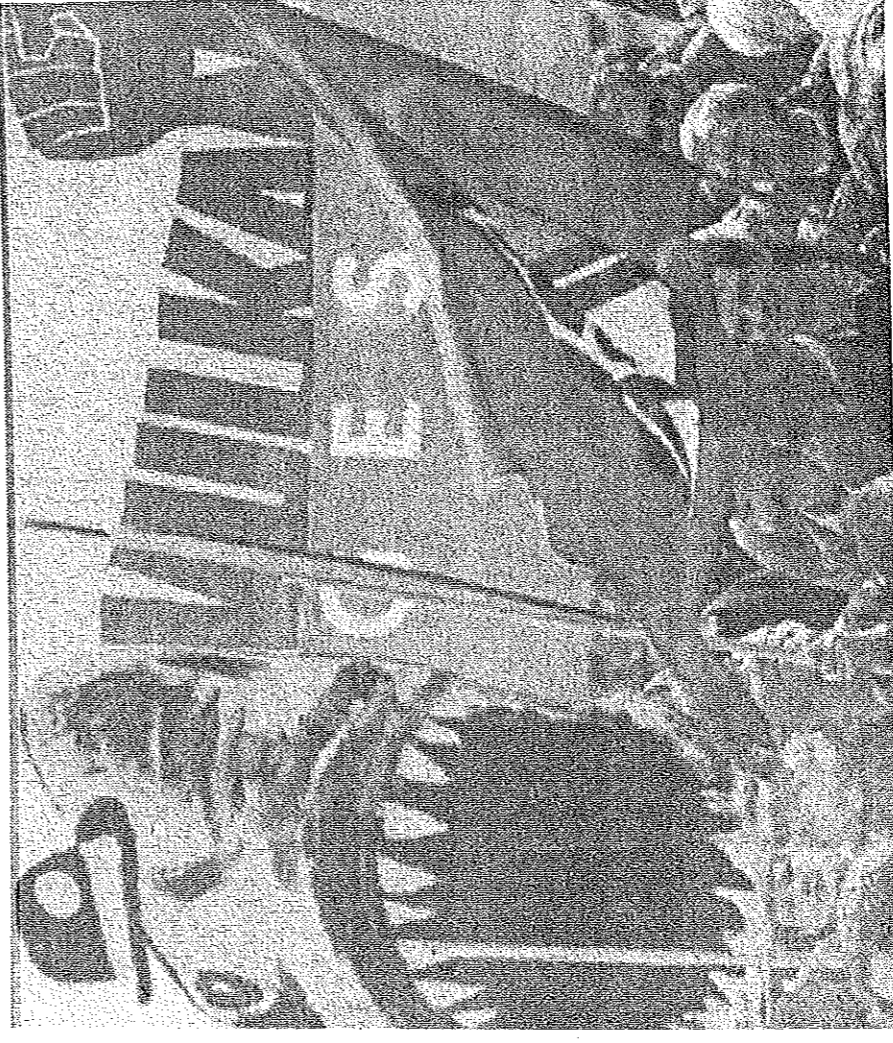
Alexander Tews, Berlin-Treptow

Soweit so schlecht. Wenn danach aber TeilnehmerInnen, Jungendliche, GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen vom Marzahner Bürgermeister Harald Butler (PDS!) in einem Interview mit der Tageszeitung „Junge Welt“ vom 4. 5. mit Nazis in einem Topf geworfen werden und als randalebegehrende Chaoten bezeichnet werden, so ist das ungeheuerlich.

Zitat Butler: „Ich habe ein gestörtes Verhältnis zu Chaoten, ob sie links oder rechts sind interessiert mich herzlich wenig ...“

Eine Naziszene in Marzahn existiert für Butler nicht mehr. Und das, obwohl erst ein Jahr zuvor die „Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE“ zusammen mit der PDS eine Demonstration mit 1200 Teilnehmern durchführte gegen den alljährlichen Naziterror in Marzahn.

Butler hat am 30. 4. von der behördlich genehmigten Demonstration erfahren und es bewußt der Öffentlichkeit verschwiegen, um so verhindert daß es zu öffentlichem Protest kommt.



Die Banken-Profitthie haben den Schiffbau an der Unterweser schon verschlungen

für 20 Prozent weniger arbeiten. Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Überstundenzuschläge werden gestrichen, eine 30-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich eingeführt. Nur ein Teil der KollegInnen arbeitet auf den Werften, der Rest bekommt über die Beschäftigungsgesellschaft Kurzarbeitergeld.

Die IG Metall sollte sich eher fröhlich über die Lohnkürzung freuen, ob die Lohnkürzung wirklich nur die Angst der KollegInnen ausgenutzt wird, damit sie brav weiterarbeiten und die Banken ihr Geld nicht verlieren.

Mit dem „Vorbild“ der Werftarbeiter läuft jetzt in Bremerhaven eine Kampagne zur Senkung der Löhne. Als nächste sollen die ArbeiterInnen der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) und die Stadtangestellten

Epressung

Die IG Metall hat dies den Beschäftigten als rettenden Strohhalm verkauft. Der IGM-Beschäftigte Behrenwald half auf einer Betriebsversammlung der Schichau-Seebeck-Werft Bremerhaven bei der Lohner-

verzicht. Wer richtig gekämpft hat, kann auch richtig feiern. Doch so war alles, was IGM und DGB gemacht haben, nur Show, das übliche Ritual, um Aktivität vorzugaukeln und den Laden ruhig zu halten.

Das Ende des Vulkan und die massenhafte Arbeitslosigkeit von Werftarbeitern im nächsten Jahr sind schwere Niederlagen, verursacht durch die Stillhaltungspolitik der Gewerkschaftsführung. Aktivisten in Bremerhaven müssen jetzt die richtigen Schlüsse ziehen, um Niederlagen in den kommenden Kämpfen zu vermeiden.



Die Arbeiter von Deutz-Fahr haben genug von den Provokationen der Geschäftsleitung und sind spontan in den Streik getreten

Deutz-Fahr? Bleibt da!

„Kalk wehrt sich“ steht auf den Plakaten der Initiative „Arbeit in Kalk“, die in diesem rechtsrheinischen Kölner Stadtteil an jedem Laternenpfahl kleben. Kalk wehrt sich gegen die Vernichtung von 530 Arbeitsplätzen beim Traktorenhersteller Deutz-Fahr.

Sascha Stanicic, Köln

Als die Geschäftsleitung ihre Pläne von der Verlegung des Werkes ins bayerische Lainggen bekanntgab, handelten die SAV-Mitglieder in Kalk schnell und luden zur Gründung einer Stadtreilinitiative ein. 130 Beschäftigte von Deutz-Fahr und KHD, Anwohnerinnen und RentnerInnen kamen. Durch vielfältige Aktionen wurde die Initiative ein Begriff im Stadtteil und ein Anziehungspunkt für die aktivsten Kollegen von Deutz-Fahr.

Nach einer Demonstration von 2000 Beschäftigten und AnwohnerInnen am 30. Mai, zu der neben der Initiative auch Betriebsrat und IG Metall aufgerufen hatte, legten die Deutz-Fahr-Arbeiter am 3. Juni die Arbeit nieder.

Kampf von unten

Die Stimmung unter den Streikenden ist kämpferisch. Nach sieben Wochen des Hin und Her von Verhandlungen und einzelnen Protestaktionen ist die Entscheidung groß. „Es wurde auch Zeit, daß wir den Hammer fallen lassen“ und „Wenn die Geschäftsleitung nicht nachgibt, geht das hier genauso weiter, wie in den ersten zwei Streiktagen“ sind Kommentare von Deutz-Fahr-Arbeitern am Beginn des Streiks.

Die Kolleginnen und Kollegen

Spenden für den Deutz-Fahr-Streik

Am 3. Juni haben die ArbeiterInnen von Deutz-Fahr einen Streik gegen die Schließung des Werkes und für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze begonnen. Sie blockieren die Tore und wollen die Auslieferung fertiger Traktoren verhindern. Bei Redaktionsschluss stand noch nicht fest, wie lange der Streik dauert.

Die IG Metall kann diesen „Wilden“ Streik nicht offiziell mit Streikgeld unterstützen. Daher sind die KollegInnen dringend auf Spenden angewiesen. Die meisten Kollegen haben Kinder und können

ein Sanierungskonzept vorlegen, sind die Arbeitsplätze nicht sicher. Um den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Deutz-Fahr und bei KHD zu erreichen muß bei IG Metall den gemeinsamen Kampf beider Belegschaften organisieren.

Gemeinsamer Kampf mit KHD

Stattdessen spricht der KHD-Betriebsrat, schon bevor er seine KollegInnen auch nur einmal mobilisiert hat, von Opifern, die die Belegschaft bringen soll. Doch dieser Weg von voraus-

gehend Gehorsam führt in die Sackgasse. Deutz-Fahr soll zu machen, nachdem schon viele Opfer gebracht wurden wie flexible Arbeitszeiten, Samstags- und Sonntagsarbeit. Das hat die Arbeitsplätze auch nicht gesichert.

Öffentliches Eigentum

Der nächste Schritt der Belegschaft könnte sein, das Werk in die eigenen Hände zu nehmen und unter eigener Regie weiterzuführen. Sie könnten versuchen die Traktoren auf eigene Rechnung zu verkaufen und so

nicht mehrere Wochen ohne Unterstützung streiken. Die KollegInnen haben daher ein Spenden-Konto eingerichtet. Wir fördern alle VORAN-LeserInnen auf, schnell Geld zu überweisen:

„Belegschaft Deutz-Fahr“
Martin Braun, Konto-Nr. 162
967 1900, bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), BILZ
370 101 11

Solidaritätsadressen an Redaktion VORAN und Betriebsrat Deutz-Fahr Agrartechnik GmbH, Fax (0221) 822-7605

das Werk aufrechtzuerhalten. Dann ist bundesweite Solidarität ein entscheidender Faktor für den Erfolg eines solchen Kampfes. Das Betriebsbesetzungen mit Teilerfolgen enden können, zeigte das jüngste Beispiel der Neptun TechnoProduct in Bremen/aven (VORAN berichtete).

Der Kampf mußte unter der Forderung der Überführung von Deutz-Fahr in öffentliches Eigentum geführt werden. Öffentliches Eigentum und die demokratische Kontrolle und Verwaltung des Betriebes durch die Beschäftigten sind der sicherste Weg, die Arbeitsplätze zu erhalten. Das gleiche gilt für KHD. Wieso sollen jetzt wieder dreistellige Millionenbeträge von Stadt und Land in den Konzern gepumpt werden, damit die Großaktionäre und ihre Manager dann in einem Jahr mit dem Arbeitsplatzabbau weitermachen?

So darf es nicht weitergehen

Und so wird es nicht weitergehen! Die Kolleginnen und Kollegen von Deutz-Fahr haben bekommen ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Von diesem und anderen Arbeitskämpfen werden die Impulse ausgehen, die in der Arbeiterbewegung wieder eine kompromißlose und kämpferische Politik einfordern und durchsetzen werden. Die Kolleginnen und Kollegen bei Deutz-Fahr haben verstanden, daß der Kapitalismus in ihrem Betrieb nicht funktioniert hat. Deshalb werden solche Arbeitskämpfe in der Zukunft zu einer Bewegung gegen den Kapitalismus werden.



Es geht um ihre Zukunft. Im Kölner Arbeiterstadtviertel Kalk wurden in den letzten Jahren 10 000 Industriearbeitsplätze vernichtet.

...AEG-TRO

Fortsetzung von Seite 12

Unser Vorschlag war: Keine Verhandlungen, die die Schließung bedeuten! Druck auf den AEG-Vorstand und Daimler-Benz kann nur durch Streik und notfalls Betriebsbesetzung erzeugt werden. Die IG Metall mußte einen Streiktag aller bedrohten Betriebe in Berlin organisieren – schließlich sind über 10 000 Arbeitsplätze in der Berliner Metall- und Elektroindustrie gefährdet.

Der Betriebsrat hingegen genahmigte auch noch jede Menge Überstunden, wohl damit AEG das Werk möglichst schnell

dichtmachen kann.

SPD-IGM-Clique will Ruhe

Unsere Vorschläge, wie der Kampf geführt werden könnte, störte den Betriebsrat und die Clique aus IG Metall-Funktionären und der SPD. Sie verlangten den Raussschmiß der SAV aus dem Solidaritätskomitee. Der erfolgte auch, nachdem die PDS und die Kirchenleute umkippen und zustimmen. Außerdem verteilte der Betriebsrat Flugblätter, in denen wir diffi-

miert werden. Doch viele Kollegen blieben trotz dieser Hetze freundlich gegenüber der SAV.

Nach der Devise „Abwarten und verhandeln – Aktionen schaden nur“ wurden lediglich symbolische Proteste organisiert. Ein Kollege von TRO meinte dazu: „Einmal über die Brücke spaziert und wieder zurück an die Werkbank, das ist doch lächerlich. Eigentlich mußten wir die Straßen blockieren und ganz Schöneweide in Aufruhr versetzen!“. Die Schöneweider Bevölkerung steht voll hinter den TROjanern. Das

zeigte sich auch auf der anschließenden Demo durch das alte Arbeiterviertel. Einige schlossen sich spontan der Demonstration an, aber die meisten fragten, warum so wenig Kollegen teilnehmen und warum zum Beispiel die stärkste Partei, nicht für den Aktionstag mobilisiert hatte. Oder warum die IG Metall nicht dafür gesorgt hatte, daß die Kollegen aus den benachbarten Fabriken teilnehmen können.

Eine ältere Frau schüttelte bei der Schlußkundgebung nur

noch den Kopf über die Lahmsichtigkeit von Betriebsrat und Gewerkschaft und meinte: „Was hier mit den TROjanern passiert, hätten wir uns früher nicht gefallen lassen!“. Unsere Forderung, daß die Gewerkschaften die Verstaatlichung bedrohter Betriebe erkämpfen müssen, fand sie richtig. Aber auch, daß

der länger abgehoben haben und wir eine kämpferische Alternative in den Gewerkschaften und in der Politik brauchen. Darum spendete sie 20 DM für den Aufbau der SAV. ■

Schließung
war
frühest
geplant

In Köln soll das Traktorenwerk Deutz-Fahr geschlossen werden, über 600 KollegInnen würden arbeitslos werden. Letztes Jahr hatte der italienische Same-Konzern das Werk von KHD mit der Behauptung übernommen, die Arbeitsplätze sichern zu wollen.

Claus Ludwig, Köln

Um Abfindungen zu sparen, wird das Werk nicht einfach geschlossen, sondern nach Lainggen in Bayern „verlegt“. Dort wird ein Werk für knapp 200 Beschäftigte hochgezogen. Zynischerweise bot die Geschäftsleitung den KollegInnen an, nach Bayern zu ziehen, die Umzugskosten sollten erstattet werden. Eine Abfindung ist nicht vorgesehen, man habe schließlich allen (!) Mitarbeitern den „zumutbaren“ Umzug nach Lainggen angeboten.

Den Managern war schon vorher klar, daß dies für die KollegInnen unannehmbar sein würde. In Lainggen stehen nicht genug Wohnungen bereit. Arbeitsplätze für die Ehepartner und FreundInnen der Arbeiter gibt es nicht. Abgesehen davon ist es eine Riesenschande, die Arbeiter mit einer Werkverlagerung zu zwingen, aus ihrer Heimatstadt in die bayerische Provinz zu ziehen.

Volle Klarheit aber brachte der Bürgermeister von Lainggen in einer WDR-Sendung. Er erzählt, daß es dort genug Arbeitsplätze gäbe und man keine Kölner Arbeiter brauche. Ob die Produktion in Lainggen lange Bestand haben wird ist unklar. Möglich ist auch, daß Same nur den Traditionsnamen Deutz-Fahr aufraufen wollte, um dann die Produktion einzustellen und so Überkapazitäten auf dem Traktoren-Markt platzzunehmen.

Um den Widerstand gegen die Werkschließung runterzukochen, ließen die Same-Manager sich auf Scheinverhandlungen mit der Stadt Köln ein. Sie behaupteten, Köln wäre um 28 Millionen DM teurer als Lainggen. Die Stadt bot daraufhin an, das Werk durch Verringerung der Stromkosten und anderen Leistungen mit 10 Millionen DM zu subventionieren. Die IG Metall bot Lohnzugeständnisse der KollegInnen in Höhe von 4 Millionen DM an. Doch der Same-Konzern blieb bei seiner Entscheidung. Am Ende meinte der Kölner SPD-Fraktionschef Heugel, so etwas hätte er noch nie erlebt, die Konzernchefs seien überhaupt nicht an den Angeboten der Stadt interessiert gewesen. Ein Aus für das Kölner Werk von schon beim Kauf 1995 geplant gewesen.

Doch diese Arroganz der Manager rächt sich, die Arbeiter von Deutz-Fahr haben mit Streikmaßnahmen begonnen, um den hohen Herren den Umzug so teuer und unangenehm wie möglich zu machen. ■

+ ÖTV-Tarifrunde + ÖTV-Tarifrunde + ÖTV-Tarifrunde + ÖTV-Tarifrunde + ÖTV-Tarifrunde +

Zeit zum Kämpfen

Die in der ÖTV organisierten SAV-Mitglieder und die Gruppe oppositioneller Gewerkschafter (GroG) haben folgende Stellungnahme zur Tarifrunde veröffentlicht:

„Jetzt ist die Zeit zum Kämpfen. Die Wut der Kolleginnen und Kollegen ist groß, die Kampfbereitschaft vorhanden. Wir im öffentlichen Dienst haben eine besondere Verantwortung für die ArbeitnehmerInnen in Deutschland: wir müssen die Angriffe von Arbeitgebern und Regierung beispielhaft abwehren.“

Der Streikabbruch von 1992 durch die ÖTV-Führung ist uns noch lebhaft im Gedächtnis. Auch in den auf Betriebe und Ämter verlagerten Konflikten um Privatisierung, Budgetierung, Flexibilisierung und Einkommensenkung durch die Hintertür ist die ÖTV-Führung immer wieder eingeknickt.

Die oberen Funktionäre unserer Gewerkschaft sind nicht bereit, den Kampf konsequent zu organisieren. Sie suchen den „Kompromiß“, auch wenn das massive Verschlechterungen für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet. Sie sind meilenweit von der Basis entfernt. Viel zu viele Funktionäre sind wie die ehemalige

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen auf, die für eine kämpferische, demokratische und starke ÖTV eintreten, sich unserer Initiative anzuschließen und lokal, regional und bundesweit beim Aufbau einer kämpferischen Opposition in der ÖTV mitzuhelfen.

Die Lehren des 92er-Streiks
Aachen, 23. 5. 96“

Gewerkschaften demokratisieren

1992 streikte der öffentliche Dienst 11 Tage lang. In der VORAN vom Juni 92 hat Brent Kennedy, Köln, den Streik ausgewertet. Wir veröffentlichen hier Auszüge.

Die großartige Bewegung der ÖTV-Mitglieder brachte der Kohl-Regierung eine herbe Niederlage bei und kämpfte den Weg für die IG Metall, die IG Medien und die IG BSE frei. Um so enttäuschender war das materielle Ergebnis der Verhandlungen. Ein VORAN-Flugblatt faßte den Kompromiß zusammen: „Lohnndiktat gebrochen – aber Früchte des Sieges verschenkt.“

Die Eisenbahner, Postzusteller und Krankenschwestern zwangen die Regierung in die Knie, die Tarifexperten verspielten den Sieg am Verhandlungstisch. Kein Wunder, daß viele Kollegen sauer auf die Gewerkschaftsführung sind.

Annahme des Schlichterspruchs ein Fehler

Es war schon ein Fehler, den Schlichterspruch von 5,4 Prozent zu akzeptieren. Denn dieser bedeutete Reallohnverlust. Die Inflation liegt offiziell bei 4,6 Prozent, aber die Teuerungsrate für Waren und Dienstleistungen, wofür die Arbeitnehmer einen höheren Anteil ihres Lohnes ausgeben, liegt höher. Das heißt, zusammen mit den Steuererhöhungen bräuchte man mindestens 7 Prozent mehr, um den niedrigen Lebensstandard zu halten, geschweige denn, den Rückstand gegenüber der Privatwirtschaft aufzuholen. Nicht umsonst lautete die Forderung

Für eine kämpferische und demokratische ÖTV. Opposition aufbauen

Aktive ÖTV-Mitglieder, Vertrauensleute und Personalräte, die mit dem Co-Management und der Kompromißpolitik der ÖTV-Führung nicht einverstanden sind, haben die Initiative ergriffen, kritische und kämpferische Kolleginnen bundesweit zu vernetzen und eine Opposition in der ÖTV aufzubauen, auf der Grundlage konsequenter Widerstandes gegen Privatisierung, Lohnraub und Stellenabbau. Zur jetzigen Führung der ÖTV muß eine inhaltliche und personelle Alternative aufgebaut werden.

Im letzten Jahr wurde die „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter“ (GroG) gegründet, dieses Jahr haben Mitglieder der SAV im öffentlichen Dienst die Herausgabe der Zeitung „Gegenwehr“ gestartet, die ein Forum für kämpferische KollegInnen sein soll.

Bereits in dieser Tarifrunde ist es notwendig, eine umfassende Vernetzung zu erreichen, um von unten her alles zu unternehmen, daß es nicht wieder zu einem undemokratischen Streikabbruch wie 1992 kommt oder unter Führung von Mai sogar eine kämpferische Niederlage stattfindet.

Wir wollen vor Ort und bundesweit Gruppen von kämpferischen KollegInnen aufbauen.

- Ich möchte mehr Informationen über die ÖTV-Opposition
 - Ich möchte den Aufbau einer Opposition in der ÖTV unterstützen
- Bitte einsenden an: „ÖTV-Opposition“, c/o SAV, Hansaring 4, 50670 Köln, Tel. (0221) 13 45 04, Fax (0221) 13 72 80

Gewerkschaften und des DGB ist es leider nicht anders

Facharbeiterlohn für Funktionäre

Deshalb ist es eine praktische Notwendigkeit, daß alle Funktionäre nicht mehr als einen Facharbeiterlohn erhalten, damit es keine gefährliche Trennung zwischen den Mitgliedern und ihren Bediensteten mehr gibt. Wenn Wulf-Matthies mit dem Durchschnittseinkommen ihrer Basis auskommen müßte, würde sie bestimmt härter für eine angemessene Lohnerhöhung kämpfen.

Aber das ist nicht das einzige Problem. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften betrachten sich selbst nicht als Vertreter der Arbeiterklasse, sondern als Staatsmänner, die mit den Vertretern der Regierung und des Kapitals – ihren „Sozialpartnern“ – die Wirtschaft vermintigt im Lot halten. Sie spielen ihre Rolle als Schlichter zwischen Arbeit und Kapital und sehen keinen unversöhnlichen Interessenwiderspruch.

Wer das System der privaten Marktwirtschaft akzeptiert, muß auch ihrer Logik folgen. Deshalb ist der Lebensstandard der Arbeitnehmer in den letzten 10 Jahren kaum gestiegen.

Für den Aufbau einer Gewerkschaftslinken!

Kämpferische Aktivisten fühlen sich ohnmächtig gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, weil sie kein Netzwerk von Gleichgesinnten quer durch die Gewerkschaften haben. Wenn der Vorstand zum Rücktritt gezwungen werden sollte, wer sollte gewählt werden?

Dafür braucht man eine offene, demokratische linke Bewegung innerhalb der Gewerkschaften, die nicht nur demokratische Kontrolle über die Funktionäre ausübt, sondern auch politische Ausbildung unter den Mitgliedern organisiert.

Bei den Spitzenfunktionären der

Patienten in zugigen Fluren

Die Beschäftigten der Berliner Kliniken haben genug von den Kürzungen. Am 12. Juni findet eine berlinweite Demonstration der Krankenhaus-Beschäftigten statt.

Ute Pöhler, ÖTV-Vertrauensfrau, Berlin

Mehrere Kliniken sollen ganz geschlossen, bei den anderen sollen Betten und Stellen abgebaut werden. Acht Kliniken mit insgesamt 1212 Betten und 1750 Angestellten wurde bereits der Versorgungsauftrag gekündigt. Durch Betten- und Stellenabbau soll eine Summe von 250 Millionen DM eingespart werden. Zusätzlich plant der Senat die schrittweise Privatisierung aller Kliniken. Damit gäbe es faktisch keine staatlich Gesundheitsversorgung mehr in Berlin.

Von 1991 bis heute wurden bereits 14 000 Krankenhausbetten gestrichen. Bereits jetzt liegen Patienten häufig in zugigen Krankenhaushäusern, weil einfach kein freies Bett in den Patientenzzimmern mehr vorhanden ist. Weiterhin werden die Liegezeiten der Patienten immer mehr verkürzt. Der Arbeitsdruck für das medizinische Personal nimmt dadurch erheblich zu. Die Versorgung der Patienten wird qualitativ immer schlechter.

Leider haben schon jetzt die Pflegekräfte kaum Zeit für ein persönliches Gespräch oder zusätzliche Hilfestellungen. Sie sind froh, wenn sie die nötige Grundpflege in der vorhandenen Zeit verrichten können. Auch im Reinigungsbereich werden die hygienischen Qualitäten abnehmen, da die Reinigungskräfte immer mehr Quarantäneputzen müssen. Selbst die Einarbeitung neuer



Am 8. Mai ist die erste Ausgabe der „Gegenwehr“ – Zeitschrift von KollegInnen für KollegInnen im öffentlichen Dienst“ erschienen, zur Tarifrunde gibt es eine „Gegenwehr“-Extra. Diese kann bei der Redaktion VORAN bestellt werden.



Warnstreik im Aachener Klinikum. Die Beteiligung an den Warnstreiks war sehr gut, auch nicht-organisierte KollegInnen haben genug von den Provokationen der Arbeitgeber.

„Sonst schafft Ihr die Arbeit nicht“

Die Arbeitgeber versuchen nicht nur in der laufenden Tarifrunde längere Arbeitszeiten durchzusetzen.

Günther Mentowski, ÖTV-Mitglied, Freiburg

Im Bauhof der Gemeinde Bad Bellingen bei Freiburg soll ab sofort die Frühstückspause um 15 Minuten gekürzt und die Arbeitszeit verlängert werden. Begründet wurde die längere Arbeitszeit damit, daß die Arbeiter sonst mit der vielen Arbeit am Bauhof nicht fertig würden.

Der Bauhof mußte in letzter Zeit aber immer mehr Aufgaben übernehmen. Die Gemeinde hat

in den letzten Jahren Arbeitsplätze abgebaut, die verbliebenen KollegInnen „durften“ die Arbeiten übernehmen. Beispielsweise waren bei der Kurverwaltung vor einigen Jahren noch acht Helfer für den riesigen Kurpark angestellt, während heute die Arbeiter des Bauhofs den Kurpark mitbreuen müssen.

Gegen die Pausenkürzungen muß Widerstand geleistet werden. Andernfalls werden die Arbeitgeber noch frecher werden und Arbeitszeitverlängerungen durchzusetzen versuchen.

Wer wir sind

Die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) wurde 1994 von Aktiven aus Gewerkschaften, SPD, PDS, antirassistischen Gruppen und Unorganisierten gegründet. Wir bauen mit der SAV eine neue, unabhängige Organisation in der Arbeiterbewegung auf. Denn es gibt heute keine Partei, die Konsequenz für die Interessen der abhängigen Beschäftigten, Arbeitlosen und Jugend kämpft. Wir wollen nicht stellvertreten für andere aktiv sein, sondern fordern jeden und jede auf, selbst aktiv zu werden und mit uns zu kämpfen. Die SAV ist eine demokratische, marxistische Organisation, die für die revolutionäre Abschaffung des Kapitalismus durch Massenmobilisierung und für den Aufbau einer sozialistischen Demokratie eintritt. Auf internationaler Ebene sind wir Mitglied im „Komitee für eine Arbeiternationale“ (KAI), das sozialistische Organisationen in 30 Ländern auf allen Kontinenten umfaßt.

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen
- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Keir Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivildienstleistende

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif
- ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion



Die Grünen meckerten über die Demonstration, riefen großspurig zum Kampf gegen das Bonner Sparpaket auf, aber kurzen in Aachen künftig mit

Gegen rot-grüne Sparpolitik

300 Menschen unterschiedlichen Alters gingen am 22. Mai gegen den sozialen Kahlschlag auf die Straße. Die Demo war nicht wie üblich gegen eine CDU-Regierung, sondern gegen den SPD-Grüne geführten Stadtrat gerichtet.

Gaetan Kayitare, Aachen

Nach über 40 Jahren CDU hatten 89 viele gejubelt, als diese in die Opposition geschickt wurde. Enttäuschung und Wut haben diese Hoffnungen jedoch längst abgelöst. Die Umverteilungspolitik wird auf städtischer Ebene weitergeführt. Für Arbeiterkinder, die ihren Schulabschluss an der Volkshochschule nachholen wollen, werden die Kurse gestrichen. Schwimmbädern in Arbeitervierteln werden geschlossen, aber ein Luxus-Thermalbad soll für über 62 Millionen DM neu gebaut werden. Die luxuriösen Eintrittspreise werden bei ungefähr 35 DM liegen.

„Warum ich bei der SAV mitmache“

Lena und Mareike aus Brementhaven, 15 Jahre alt, erzählten, warum sie bei der SAV mitmachen. Sie sind im Herbst 95 an einer Demonstration gegen Atomtests teilgenommen – standen aber allein am Treffpunkt. Wir haben dort aber einige Leute von der SAV getroffen, die uns vorzuschlugen, Unterschriften gegen die Atomtests zu sammeln. Wir waren froh, wenigstens etwas tun zu können. Danach haben wir öfter an Veranstaltungen der SAV teilgenommen. Die Ansichten fanden wir ziemlich gut. Vor allem haben wir die Möglichkeit bekommen, etwas über politische Themen zu lernen, was in in der Schule gar nicht erzählt wird. Und wir lernen, wie wir uns gemeinsam wehren können.

Sozialistische Alternative VORAN – ORTSGRUPPEN

- | | | |
|--|---|--|
| Rostock Donnerstags, 19 Uhr, Augustenstraße 112a Infos unter 03 81/499 65 90 | Bremehaven OG Süd: montags, 19 Uhr, „Schilfklause“, Schilfleest. OG Nord: montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3 OG Mitte: dienstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Zeppelinstr. 3 Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48 | Köln Donnerstags, 19 Uhr, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, U-Bahn Deutzer Freiheit Infos unter 02 21 / 13 45 04 |
| Berlin OG Treptow: montags, 19 Uhr, Kinderladen Fun-Fun, Defregger Str. 2, S-Bahn Treptower Park OG Mahlzahn: donnerstags, 19 Uhr, Ort telefonisch erfragen (Tel.: 442 92 94) OG Prenzlberg: montags, 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jährlindstr. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee OG Wedding: donnerstags, 19 Uhr, Linkstreff Wedding, Weddinger Str. 6, U-Bahn Nauener Platz Infos unter 030 / 442 9294 erfragen | Bremen Mittwochs, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Haspedter Osterdeich 230. Weitere Infos über Bundeszentrale | Frankfurt/Main Donnerstags, 19 Uhr, Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Weitere Infos unter 0 69 / 45 32 75 |
| Kassel OG Nordost: freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Wobnstr. 12 OG West: sonntags, 18.30 Uhr, Cafe Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle) Infos unter 05 61 / 1 64 91 | Aachen OG Ost: montags, 19 Uhr, SED-AN-Eck, Aalbertschweg 233 OG Nord: dienstags, 19 Uhr, (Ordnische Gemeinde, Rudolfstr. 18 Infos unter 02 41/50 86 85 | Stuttgart OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9 OG Süd-West: jeden Mittwoch 18.30 Uhr, Jugendhaus Heilach (Böblinger Str. 92) |
| Siegen Freitags, 19 Uhr, Evangelische Studentengemeinde (ESG), Burgstraße 8 (bei oberen Schloß) | Freiburg Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen | |

SAV-Spendenkonto

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Widerstandes gegen den Sozialkahlschlag und gegen die Untüchtigkeit der Politiker aller Couleur, einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen.

Frank Nitzsche, Köln
Scharping greift Kohl wegen dessen Spar und Sozialschweigen an und bietet einen „sozialeren Sozialabbau“ an, die SPD-Länderfinanzminister dagegen wollen mit ihrem großköhnerem Sparpaket dem Kanzler in nichts nachstehen. Die DGB-Führung will die (Spar)Paketannahme verteidigen und Schule schreibt empörte Briefe an CDU-Kreisverbände, um sie über die Maßnahmen der Bundesregierung aufzuklären. Zur gleichen Zeit wird der Ruf in der Basis und in den unteren Gewerkschaftsgliederungen nach Generalstreik immer lauter.

Die SAV kämpft mit Beschäftigten, Arbeitslosen und Schülern gegen Sparpaket und für einen 24-stündigen Generalstreik.

In Köln konnten SAV-Mitglieder im Rahmen der Unterstützung für die Kollegen von Deutz-Fahr (Ex-KHD) und mit der Mobilisierung zur Demonstration nach Bonn im Mai fast 1000 DM einnehmen, die Rostocker SAV sammelte mit der

Spendenkonto

Konto-Nummer
2500 59-430
Postbank Essen
Postbank Essen
(BLZ 360 100 43)

Impressum

Überregionale, marxistische Monatszeitschrift
Erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert
Erscheinungsweise: Monatlich
Druck: Berger und Bismarck GbR, Kassel
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21/13 72 80
Telefax 02 21/13 72 80
Bankverbindung: Postgironr. Essen, (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

zehn Ausgaben zu 18,- DM
 zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkauf
(in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
 Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (ab 30,-)

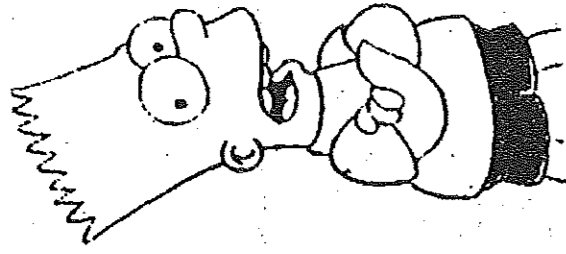
Name, Anschrift, Telefon

Werde Mitglied der SAV!

ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit
 ich möchte Mitglied der SAV werden.
Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben an SAV-Stand Deutz/VORAN-Verkäufer oder schicken an:
Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Intotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80



Das Wendland befand sich Anfang Mai im Belagerungszustand. Der Staat hatte 20 000 Polizisten aufgebaut, um die Interessen der Atomindustrie gegen eine Region durchzusetzen, die um ihre Zukunft kämpft. Von einem Ausflug nach Gorleben berichtet

Ianka Figors, Bremen

Seit zwei Jahrzehnten wehren sich die Bewohner der Gegend gegen das Atomülllager in Gorleben. 1995 spitzte sich die Situation zu, als der erste Transport mit hochradioaktivem Müll in Gorleben eingelagert wurde. Damals kam es zum bis dahin größten und teuersten Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. 55 Millionen DM ließ sich der Staat den Kampf gegen die Atomkraftgegner kosten. Dieser Rekord wurde jetzt übertroffen.

Geballte Staatsmacht

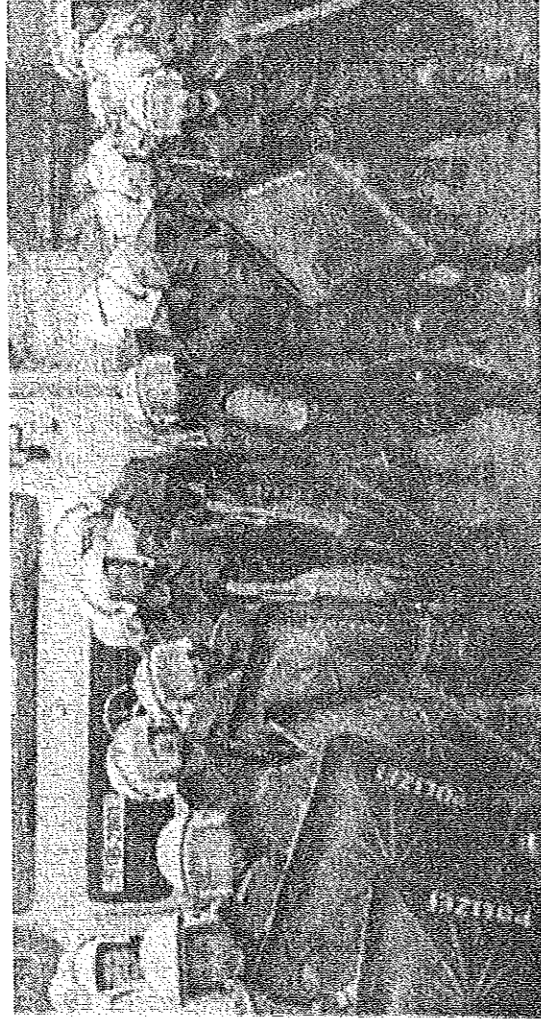
Am Tage des Sports warren seit vier Uhr morgens mehr als 6000 Demonstranten aus ganz Deutschland zusammen mit den Einheimischen auf den Beinen. Ständig kreisten Polizeihubschrauber mit Scheinwerfern über uns. Als es hell wurde, konnten wir erkennen, daß eine ganze Armee gegen uns aufmarschiert war: Wasserwerfer, Räumpanzer, Hubschrauber, Hundeeinheiten, gepanzerte Polizisten mit Schildern und Knüppeln sicherten die Bahnschienen, auf denen der Atom Müll ankommen sollte und die Straße, auf der er mit einem Lastwagen bis zum Lager transportiert wurde. Von hier aus sind es noch 18 km bis Gorleben. Unser Ziel war es, den Transport durch Blockaden so lange wie möglich zu behindern.

Noch bevor sich der Lastwagen...

- „Ich bin Bauer im Wendland. Meine Felder liegen links und rechts der Straße zum Atomülllager. Mein Kind soll hier aufwachsen ... Soll es verstrahlt werden? Das wollen wir nicht. Wir wehren uns. Aber die Politiker wollen uns das Recht nehmen, uns für unsere Rechte einzusetzen.“
- Wenn ich mit meinem Trecker den Transport blockiere, ist der Trecker plötzlich keine Landmaschine mehr, sondern eine „Tatwaffe“. Sie stellen uns als Kriminelle dar, weil wir für unsere Zukunft kämpfen. Aber was ist das größere Verbrechen – Menschen mit Radioaktivität zu verseuchen oder gegen dieses Gift zu kämpfen? Die Atomindustrie und die Politiker sind Verbrecher, nicht wir.“
- Ein Sprecher der „Bäuerlichen Notgemeinschaft“, der Organisation der Bauern aus der Umgebung

Jugend Offensive

JUGEND GEGEN RASSISMUS IN EUROPA (JRE)



20 000 Polizisten für die Atom-Mafia

gen mit seiner gefährlichen Fracht in Bewegung setzte, begann die Polizei mit Wasserwerfern auf uns zu schießen. Die Demonstranten schleppten Strohhallen auf die Straße und setzten sie in Brand. Einige begannen, Löcher auszuheben, um die Straße unpassierbar zu machen.

Gegen sieben Uhr ging es richtig los. Rücksichtslos wurden die Wasserwerfer eingesetzt, um den Weg für den Transport frei zu machen. Wer nicht vom Wasserdampf von der Straße gefegt wurde, wurde wegknüppelt, egal ob es alte Leute, Jugendliche, Männer oder Frauen sind.

Keine „Chaoten“

Es gab die ersten Verletzten. Aber die Menschen im Wendland kämpften für ihre Zukunft und die Gesundheit ihrer Kinder, ihre Entschlossenheit läßt sich nicht mit Gewalt besiegen. Für die ersten 500 Meter brauchte die Transporter eine Stunde. Die Disziplin und der Mut der Demonstranten war beeindruckend. Ein Mädchen –

- „Dieser Atom Müll kommt aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague. Aber es ist Müll aus deutschen Atomkraftwerken. Wir wollen nicht, daß die Franzosen den Müll behalten – wir wollen erkämpfen, daß kein Atom Müll mehr produziert wird. Wir fordern den Ausstieg aus der Atomindustrie ... In dem wir Atom Müll transporte behindern, verhindern wir die Atomindustrie. Jeder verhinderte Transport bringt uns näher an einen Ausstieg aus dieser mörderischen Technik. Dafür kämpfen wir, gemeinsam mit den Betroffenen in ganz Europa und auf der ganzen Welt.“
- Rednerin auf der Kundgebung in Dannenberg

Auch nach der ersten Strecke ging es langsam voran. Immer wieder wurden aus dem Wald an der Straße Baumstämme auf die Straße geschleppt und Barrikaden gebaut. Aus den umliegenden Häusern versorgten alte Leute die Demonstranten mit Getränken. Die Kinder liefen neben dem Zug her und bewarfen die Polizei mit Abfällen. Es machte keinen Unterschied, ob jemand aus der Gegend kommt, oder angereist ist. Alle, die den Kampf unterstützen sind willkommen.

Langsam wälzte sich die Kolonne vorwärts. Etwa 9000 Polizisten begleiteten den Transport. Andere waren damit beschäftigt, die Reifen der Traktoren zu zerstechen, mit denen die Bauern versuchen, die Straße zu blockieren. Die Fahrer wurden brutal von den Fahrzeu-

Das „Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau“ ist auf Initiative dreier Studentinnen der Uni Bonn zusammengelassen, die letztes Jahr im Dezember die Vorbereitung des „Sternmarsch auf Bonn“ begonnen haben. Ausgehend von den ersten Treffen, die im wesentlichen aus Studentinnen und linken Gruppen aus Nordrhein-Westfalen bestanden, kam im Frühjahr der

Bundesverband, den Bündnis 90/Grünen Landesverbänden NRW, Berlin und Rheinland-Pfalz unterstützt. Der DGB und die Einzelgewerkschaften wollen nicht mitmachen, schließlich war's so gemühtlich in den Kanzlerunden. Sie störte auch, daß wir das sogenannte „Bündnis für Arbeit“ mit Kohl und Kapital ablehnen.

Nach dem Platzen der Kanzlerunde und der Vorlage des Bonner Sparkpakts kam die DGB-Spitze unter Druck. Aus fernterminalischen Gründen, aber auch weil die Initiative des Bündnisses in einigen Einzelgewerkschaften (unter anderem IG Medien, IG Metall und GEW) positiv gesehen wurde, fiel die Entscheidung für eine Großdemonstration am 15. Juni. Die

Demonstration in Bonn am 15. Juni

Das "Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau"

1. Die Zusammenarbeit aller Kräfte vorantreiben, die gegen den Sozialabbau aktiv sind
 2. Alternativen zur kapitalistischen Krisenwirtschaft und zum Kurs der Gewerkschaftsführung entwickeln.
- Das Bündnis wird nach dem 15. Juni weiterarbeiten:
1. Den Widerstand gegen Sozialabbau organisieren

Ulf Petersen, SAV-Bundesvorstandsmitglied und Pressesprecher des „Bündnis Sternmarsch“

Kohl klaut unsere Zukunft

Die Bundesregierung holt zum großen Schlag gegen unsere Zukunft aus, das Sparkpaket hat's in sich:

• die Altersgrenze zur Rente wird angehoben: wer die volle Rente bekommen will soll länger arbeiten. Im Klartext: weniger Arbeitsplätze für Jugendliche, noch mehr, die nach der Lehre nicht übernommen werden.

• für alle, die ab Januar nächstes Jahr noch keine 18 sind, wird kein Zuschuß zum Zahnersatz mehr gezahlt. Brillengestelle werden nicht mehr von der Krankenkasse bezuschußt, die Eigenbeteiligung bei Medikamenten steigt um 1DM.

• Studierende, die mehr als 590 DM nebenbei verdienen, werden als normale Arbeitnehmer behandelt und verpflichtet, Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen. Weniger Geld bedeutet längere

Studienzeiten. Jugendliche, deren Eltern nicht so viel Geld haben, überlegen sich dreimal, ob sie studieren wollen. Elitebildung für wenige wird gefördert.

Ausbildungsplätze sind Mangelware, einen Studiumpfad gibt es bald nur noch für viel Geld. Täglich werden Arbeitsplätze abgeschafft ohne Chance auf Ersatz. Während immer mehr Arbeitslos werden und zum Nichtstun verdammung werden, sollen die anderen immer länger und immer schneller arbeiten. Wenn sie krank werden sollen sie auch noch Strafe zahlen.

Politiker und Bosse wollen auf Kosten unserer Zukunft Politik machen. Wir lassen das nicht zu. Uns reicht es: Frauen und Männer, Rentner und Jugendliche, AusländerInnen und Deutsche, Arbeiter und Arbeitslose: Alle zusammen!

Leserbrief

„Immer noch besser als manche Eltern“

Liebe VORAN-Redaktion, lieber Jörg,

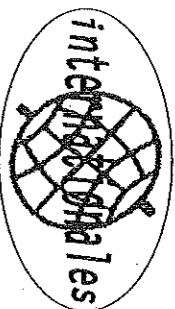
normalerweise gibt es in der VORAN keine Artikel, die dazu da sind, die Seiten aufzufüllen. Aber in der Mai-Ausgabe auf der Jugendsseite (!) ist ein Artikel von Jörg über die BRAVO, den ich nicht kommentarlos stehen lassen kann. Ich gebe Jörg prinzipiell recht, daß BRAVO eine Zeitschrift ist, die nur dazu da ist, dem Verlag möglichst viel Geld zu bringen. Aber das ist nicht, aber Tatsache ist, daß Jugendliche und Kids den einzigen Ansprechpartner hat: das „Dr.-Sommer-Team“. Es ist bestimmt nicht toll, wie „Dr. Sommer“ mit den Problemen der Jugendlichen umgeht, aber immer noch um einiges besser als manche Eltern, Jugendämter oder Beratungsstellen.

Richtige Hilfe oder Lösungen für die Probleme der Jugendlichen hat BRAVO natürlich nicht, aber Tatsache ist, daß Jugendliche sich ernst genommen fühlen.

Auch wenn BRAVO mit der Pubertät von Jugendlichen Geld verdient, gibt es gleichzeitig leider (noch) keine Alternativen. Auch das DGB-Jugendmagazin „ran“ hat für Jugendliche unter 16 Jahren wenig zu bieten und gerade diese Jugendlichen sind die Ansprechpartner für BRAVO.

Matik, JO/JRE, Siegen

Tatsache ist (leider) auch, daß BRAVO für viele verzweifte



Indien: Nationalismus gestärkt

Bei den indischen Parlamentswahlen im Mai wurde die rechte hinduistisch-nationalistische Bharatiya Janata Partei zur stärksten Kraft. Die neue Regierung wird jedoch von einer Mitte-Links-Koalition aus fünf Parteien gestellt, die im Parlament von 13 Parteien gestützt wird.

Der Wahlerfolg der BJP gründet sich nicht nur auf Hindu-Nationalismus, der sich vor allem gegen die moslemische Minderheit richtet, sondern auch auf Unterstützung für die (nicht ernst gemeinten) Außenangehen führender BJP-Politiker gegen die Dominierung Indiens durch den Internationalen Währungsfonds.

Diese konnten Anklänge finden, weil die Linke – die verschiedenen kommunistischen Parteien – keine klare sozialistische Alternative zur Korruption und Politik für die Reichen der Kongress-Partei angeboten hat.

Der Widerstand gegen Privatisierung hat im indischen Sub-Kontinent bereits zugenommen. Dies ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Die neue Regierung wird sich mit mächtigen Bewegungen der indischen Arbeiterschaft herumschlagen müssen.

Belgien: Wasserwerfer gegen Lehrer

Im Mai demonstrierten 10 000 Lehrer und Schütler in Brüssel gegen die geplante Streichung von 3000 Lehrerstellen, die Erhöhung der Einschreibengebühren und die Begrenzung des Zugangs zu öffentlichen Fortderrmitteln. Die Angriffe und die Bewegung dagegen sind bisher auf den französischsprachigen Teil Belgiens, die Wallonie, begrenzt. Seit drei Monaten kämpfen die Lehrer mit Streik und Demonstrationen gegen die Sparpläne. Die Staatsgewalt führte den Dialog in Brüssel mit Wasserwerfern und Gummikanpfeeln.

Venezuela: Streiks und Proteste

Nach der Einführung eines drastischen Sparpakets des Internationalen Währungsfonds (IWF) durch Präsident Caldera gibt es ausgedehnte Proteste und Streiks. Im Ölproduzierenden Westen gab es Krawalle. Versammelte Demonstranten stürzten Busse um und setzten sie in Brand.

Die Benzinpreise hatten sich verdreifacht und die Inflation (schon jetzt jährlich 73,2 Prozent) ist explodiert. Schon beim letzten Versuch, drastische Sparpolitik durchzusetzen, gab Krawalle und einen Aufstand, bei dem 500 Menschen getötet wurden.

Französische Erfahrungen



Kämpfen lohnt sich: mit ihrer großartigen Bewegung haben die französischen Arbeiterinnen den Juppé-Plan teilweise abgewehrt. Doch jetzt geht die Regierung in die Offensive. Der Sturz von Juppé und Chirac ist nötig.

Großbritannien

Konservative abgestürzt

Seit den Kommunalwahlen vom 2. Mai stellen die Tories in jeder neunten Gemeinde keinen einzigen Gemeinderat mehr. Artikel darüber aus der sozialistischen Wochenzeitschrift MILITANT wurden von Wolfram Klein, Stuttgart, übersetzt.

Es ist kaum noch vorstellbar, daß sie sich vor den nächsten Parlamentswahlen, die spätestens nächstes Jahr stattfinden müssen, wieder erholen werden.

Die konservative Parlamentsfraktion wird vor allem dadurch zusammengehalten, daß die Abgeordneten Neuwahlen möglichst lange hinausziehen wollen, um ihre Diäten noch länger zu genießen.

Denn mit einer Wiederwahl rechnen nicht mehr viele von ihnen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sie sich früher oder später splitten werden.

Gegen die Konservativen ...

Diese erneute Wahlniederlage ist die Quintessenz für 17 Jahre Politik auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung. Seit 1979 sind die Einkommen der oberen 10 Prozent um zwei Drittel gestiegen, die der Armen um 17 Prozent gesunken.

Die Verelendung großer Teile der britischen ArbeiterInnen kriegen wir auch in Deutschland zu spüren, wenn britische Bauarbeiter als Billiglohnarbeiter auf deutschen Baustellen arbeiten, weil sie zu Hause noch weniger verdienen würden.

Der Haß der Bevölkerung auf die Konservativen kam vor allem der sozialdemokratischen Opposition, der Labour Party, zugute. Doch ihre Wahlerfolge waren eine Abstimmung gegen Major, nicht für Labour.

... aber nicht für Labour

Denn ausgerechnet in einer Zeit, in der die Erbitterung der Bevölkerung über die Konservativen immer größer wird, vertritt Labour alles, um ihnen immer ähnlicher zu werden.

Sie treten auch für massive Sozialkürzungen ein. Gemeindeförderung mit Labour-Mehrheit bauen Stellen im öffentlichen Dienst ab und schränken kommunale Dienstleistungen ein statt für eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zu kämpfen, die von der Regierung zusammengestrichen wurden.

Deshalb hat unsere britische Schwesterorganisation, Militant Labour, in vierzig Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt. Die GenossInnen kamen im Durchschnitt auf 9 Prozent. In neun Wahlkreisen waren sie auf dem zweiten, in sechzehn auf dem dritten Platz. Das beste Ergebnis gab es in einem Wahlkreis in Coventry mit 41,3 Prozent. Die Sympathie und die Zustimmung zu unserem

Programm waren noch viel größer als die Wahlergebnisse. Viele wählen noch einmal Labour, um die Wahlen zu einer Volksabstimmung gegen die Regierung zu machen.

Umgruppierungen auf der

britischen Linken

Anfang Mai wurde die Socialist Labour Party, ein linke Labour-Abspaltung, von Arthur Scargill, dem populären Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft, gegründet (siehe VORAN 176).

Das ist ein bedeutender Fortschritt, aber leider bescheidet

Die Streikwelle in Frankreich im November und Dezember letzten Jahres hatte Auswirkungen auf die Arbeitsbewegung in ganz Europa. Kim O'Keefe befragt den französischen Drucker Jean-Yves Lesage aus Paris, die Lehren kurz zusammenzufassen.

VORAN: Was hat die Bewegung in Frankreich Ende letzten Jahres konkret erreicht?

Jean-Yves: Der Rückzug der Eisenbahn-Riform (réforme de la SNCF), die den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner verschlechterung sollte, ist die eigentliche Errungenschaft der Bewegung. Die Eisenbahner waren während der zwei Monate an der Spitze des Kampfes sie haben auch am meisten erreicht und konnten fast alle Angriffe zurückzuschlagen oder vorerst auf Eis legen. Aber der Rest des Plan Juppé konnte nicht zurückgeschlagen werden. Er soll noch umgesetzt werden.

In den zwei oder drei Monaten nach der Bewegung ist die Regierung erst einmal sehr vorsichtig geworden und hat eine Pause gemacht mit ihren Attacken.

Wieso ist es nicht geschafft worden, den gesamten Plan Juppé vom Tisch zu fegen?

Wir hätten gewinnen können, wenn die Verbindung zwischen den öffentlichen Diensten und dem privaten Sektor von den Gewerkschaftsführungen organisiert worden wäre. Außerdem hätten die „linken“ Parteien eine alternative Politik machen müssen, sich klar gegen Maastricht, gegen den Plan Juppé aussprechen müssen. Dies ist nicht geschehen. Als die Arbeiter tiefen „Sturz von Juppé!“ forderten die Gewerkschaftsführer nur:

Metallarbeiterstreik in Norwegen

Nach zehn Tagen Streik haben Norwegens Metallarbeiter am 23. Mai ihre wichtigste Forderung durchgesetzt: Das Rentennalter wird von 64 auf 62 Jahre abgesenkt.

Ursprünglich hatten sich Untertnehmer und Gewerkschaften auf einen Kompromiß geeinigt: Das Rentennalter sollte auf 63 Jahre gesenkt, die Löhne um 2,5 Prozent erhöht werden. Dieser Kompromiß wurde 54 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder abgelehnt. Sie forderten niedrigeres Rentennalter und eine stärkere Anhebung der Löhne. Der erste Metalller-Streik seit 72 Jahren begann. 37 000 Arbeiter waren im Ausstand. 500 Firmen betroffen. Die Großbetriebe, zum Beispiel die Werften und Maschinenfabriken der Kvaerner-Gruppe mit 8000 Beschäftigten, waren völlig lahmgelegt. Besonderen Druck entfaltete der Streik beim Auto-Zulieferer Rauffoss, der 90 Prozent der europäischen Autoindustrie mit wichtigen Teilen beliefert. Die schwedischen Saab-Fabriken mußten ihre Produktion am 22. Mai einstellen. Auch deutsche Autofabriken standen kurz vor Nachschubschwierigkeiten.

Norwegen ist zur Zeit das Boomland in Europa. Vor allem die Ölindustrie beschert Wirtschaftswachstum um 5 Prozent

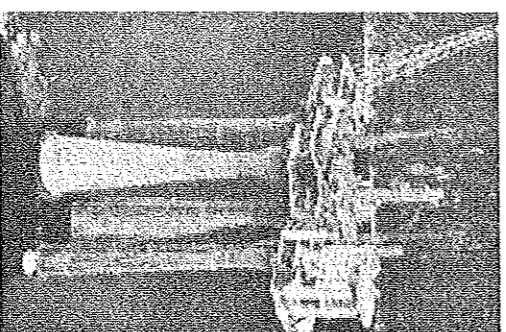
Verhandlungen.

Was hat diese Bewegung insgesamt erreicht?

Die Leute haben mit diesem Kampf neue Hoffnungen bekommen. Es hat einen Ausbruch gegeben in der Gesellschaft. Drei Wochen lang gab es nichts anderes als diesen Streik. Vielen wurde bewußt, daß ihre Interessen im krassen Gegensatz zu denen der Bosse und der Regierung stehen. Zwischen den unterschiedlichen Berufsgruppen sind Kontakte geknüpft worden, die so leicht nicht mehr auszulösen sind. In vielen Regionen wissen jetzt die Postler, wo sie die Krankenschwestern erreichen, die Eisenbahner kennen die Kindergärtnerinnen. Diese Verbindungen und Einheit innerhalb der Arbeiterklasse ist ein Pulverfaß für die Regierung. Den Arbeitern ist klar geworden, daß der Klassenkampf nach wie vor existiert. Die Organisation von gewerkschaftlicher Opposition und Vernetzung ist ausgebaut worden.

Was passiert momentan und was meinst du, was nötig wäre?

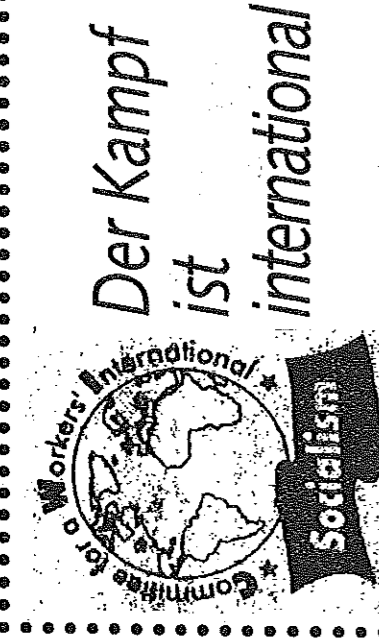
Die Regierung hat entschieden, sehr hart zurückzuschlagen. Es sind zum Beispiel Privatisierungen bei der EDF (im Elektrizitätsbereich) geplant, der Abbau weiterer Stellen und eine massive Verschlechterung im Krankenhausbereich. Die Gewerkschaften rufen zu Demonstrationen in allen Städten Anfang Juni auf. Die Eisenbahner fordern eine starke Mobilisierung. Dieses Mal, mit der Erfahrung der November/Dezember-Bewegung, ist es notwendig die Parole „Tous ensemble“ („Alle gemeinsam“), öffentlich Dienst und privater Sektor, in die Tat umzusetzen, um wirklich gewinnen zu können.



Dem Metalllerstreik gingen Streiks der Arbeiter auf den Ölplattformen voran. Norwegen – zweitgrößter Erdölproduzent der Welt – wurde empfindlich getroffen.

Die Arbeitslosigkeit liegt nur bei 4,2 Prozent.

Trotzdem sorgt sich die sozialdemokratische Regierung um die „Konkurrenzfähigkeit“ und drückt auf die Löhne. Sie erhöht die Mehrwertsteuer von 15 auf 23 Prozent. Die Metallarbeiter haben auch deshalb für höhere Löhne gekämpft.



Die SAV ist Mitglied im internationalen „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, englisch CWI – Committee for a Workers' International). Unser Ziel ist die weltweite Abschaffung der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzwirtschaft und ein internationaler Zusammenschluss sozialistischer Länder. Eine internationale demokratische Planung der Produktion könnte vernünftige Ernährung, Arbeit und Obdach für die ganze Weltbevölkerung ermöglichen und die grenzübergreifenden Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt berücksichtigen. Wir haben die sogenannten „realsozialistischen Staaten“ nie als sozialistisch anerkannt und sind für den Sturz der dort herrschenden Bürokratien durch die Arbeiter eingetreten, aber auch gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus.

Wir setzen uns für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisieren Hilfe für Arbeiter, die sich im Kampf gegen die Unternehmer oder den Staat befinden.

Das KAI wurde 1974 von Sozialisten aus Großbritannien, Deutschland, Schweden und Irland gegründet. Das KAI ist heute in 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten, unter anderem in den USA, Kanada, Brasilien, Chile, Großbritannien, Irland, Frankreich, Belgien, Holland, Spanien, Portugal, Schweden, Österreich, Griechenland, Rußland, Tschechien, Nigeria, Südafrika, Pakistan, Sri Lanka, Indien und Australien.

Pakistan

In der Nacht des 1. Juni ist unser Genosse

Galzar Hayat Gilgiti

ermordet worden. Zwei Gangster hatten das Büro der JIT (Jeddojhd Inqlabi Tehrik) überfallen. JIT ist unsere sozialistische Schwesterorganisation in Pakistan.

Ziel des brutalen Raubüberfalls war die technische Ausrüstung von JIT. Durch seinen heroischen Widerstand konnte der Genosse Galzar die Einbrecher daran hindern, ihren Plan zu Ende zu führen. Er starb an den schweren Verletzungen, die ihm die Gangster beigebracht hatten. Der Genosse Galzar hat sein Leben geopfert, um seine Organisation vor einem schweren Schlag zu bewahren.

Er war ein überzeugter Kämpfer für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft. Die Trauerfeierlichkeiten fanden unter großer Anteilnahme der örtlichen Arbeiterbewegung statt. Der Gewerkschaftsdachverband hat zu seinen Ehren den 4. Juni zu einem „Schwarzen Tag“ erklärt.

Unser Hochachtung und unsere Anteilnahme gilt dem Genossen Galzar und seinen Angehörigen. Noch am Vorabend seiner Ermordung war er in einem Wohngebiet Lahores aktiv, um Gewerkschaftsaktivisten zu überzeugen, JIT beizutreten.

Kondolenzen und Solidaritäts-Adressen bitte per Fax: ++ 92 42 723 9128

Sri Lanka

Streik gegen Privatisierung

Ein Streik hat in Sri Lanka die Stromversorgung lahmgelegt. Siritunga Jayasuriya, Vertreter des Demokratischen Gewerkschaftszentrums in Colombo, berichtet:

„Die Elektrizitätsarbeiter leihen Sri Lanka lahm. Der Streik wird hundertprozentig befolgt. Die Stromversorgung ist zusammengebrochen. Die Auswirkungen sind wie bei einem Generalstreik.“

Der Streik richtet sich gegen die Privatisierung der Stromunternehmen, sowie der Telekomunikation, Post, Eisenbahn, Wasserversorgung, Banken und Versicherungen. Obwohl die Regierung wenige Stunden nach Beginn des Streiks den Verkauf der Elektrizitätswerke an eine australische Firma zurücknahm,

haben die streikenden Arbeiter entschieden, den Streik fortzusetzen, bis eine Garantie ausgesprochen wird, daß überhaupt keine Privatisierung stattfindet.

Die Regierung hat den Streik für illegal erklärt und mit Verhaftungen von Streikführern begonnen. Das Bündnis aus elf Gewerkschaftsorganisationen, das den Kampf gegen die Privatisierung führt, appelliert an die internationale Arbeiterbewegung, Solidarität zu üben und gegen die Verhaftungen von Streikführern zu protestieren.“

Protestschreiben bitte an: **President's House, Temple Press, Colombo 2, Sri Lanka**

Solidaritätsbriefe an: **G. Bandara, Convenor Joint Trade Union Front for Safeguarding Public Enterprises Against Privatisation“**,

20 Temple Road, Colombo 10, Sri Lanka und Siritunga Jayasuriya, Democratic Trade Union Centre, 261/1 Kirula Road,

narahrenpito, Colombo 5, Sri Lanka

Kopien bitte an die Redaktionssadresse schicken.



Streikende Frauen in Sri Lanka

Erklärung tschechischer und deutscher Sozialisten

Für die historische Wahrheit – benennt die Schuldigen

Auf dem Treffen der sudetendeutschen Landsmannschaften Ende Mai haben CSU-Politiker gegen die Tschechen gehetzt und mit ihren aggressiven Forderungen, diese sollten sich für die Vertreibung der Sudetendeutschen entschuldigen, deutschen Nationalismus geschürt.

Im April haben die SAV und Sozialisten von der Zeitung Budounost („Die Zukunft“) in der Tschechischen Republik, die dem KAI angeschlossen sind, eine gemeinsame Erklärung zur „Sudetendenfrage“ veröffentlicht. Wir bringen hier Auszüge, der volle Text kann bei der Redaktion VORAN bestellt werden.

„... Wir wollen die historische Wahrheit über die Ausweisungen (der Sudetendeutschen) erklären, um die richtigen Lehren zu ziehen. Deshalb brauchen wir ein ehrliches Bild der Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir können nicht über die Ausweisungen sprechen, ohne über den Zweiten Weltkrieg, die Nazi-Besatzung der Tschechoslowakei und den vorübergehenden Sieg des Faschismus zu sprechen.“

Hitler hätte ohne die finanzielle und politische Unterstützung des deutschen Großkapitals niemals die Macht ergriffen – das Macht nicht ergriffen – das deutsche Kapital hat ihm die

überall da einsetzte, wo es „ein Problem gab“.

Bei den letzten Vorkriegswahlen errang Henleins Sudetendeutsche Partei (das Gegenstück zur NSDAP) die Hälfte der Stimmen während die Sozialdemokraten und Kommunisten jeweils ein Viertel erhielten.

Aber was die Situation im Sudetenland angeht, vergessen wir nicht, das Verhalten der Supermächte, die das Münchener Abkommen unterzeichneten, welches die Nazi-Besetzung des Sudetenlandes akzeptierte. Und später versuchten dieselben Supermächte, alle Deutschen gleich und ausschließlich für den Faschismus und den Krieg verantwortlich zu machen. Und die Ausweisungen wurden der beste Weg, dies im Sudetenland praktisch umzusetzen.

Tatsächlich mußten die unschuldigen Sudetendeutschen am meisten unter den Ausweisungen leiden, denn die aktiven sudetendeutschen Nazis konnten durch die Ausweisungen einen gerechten Strafe entgegen und ein neues Leben in Westdeutschland beginnen.“

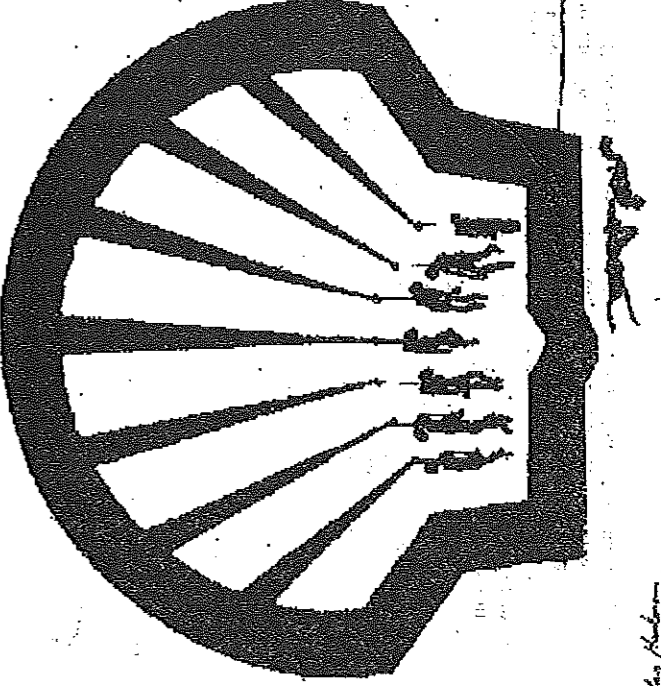
Obwohl wir die Politik der Ausweisungen von Sudetendeutschen zurückweisen, lehnen wir alle Forderungen der sudetendeutschen Landsmannschaften ab. Diese repräsentieren nur eine Minderheit von Sudetendeutschen, die großes Eigentum und Grundbesitz verloren haben. Sie sind der reaktionärste

Teil der Sudetendeutschen. Wir lehnen es ab, solches Eigentum an die Sudetendeutschen zurückzugeben ...

Gleichzeitig sind wir für die Freiheit für jeden sich da niederzulassen, wo er oder sie möchte – einschließlich der früheren Sudetendeutschen, aber heute besonders für Roma, denn die Staatsbürgerschaftsgesetze in der Tschechischen Republik verweigern Roma, die in der Slowakei geboren wurden und in den letzten Jahren einmal straffällig wurden, die Staatsbürgerschaft. Ebenso fordern wir das Recht auf Arbeit, ein Heim und Bildung für jeden.

Wir fordern, daß die deutsche Regierung sofort Reparationen an tschechische Opfer oder an deren Familien zahlt und daß die tschechische Regierung eine Entschädigung auf Basis von Bedarft an unschuldige Sudetendeutsche zahlt, die nicht Mitglieder faschistischer Organisationen waren. Von der tschechischen Regierung fordern wir ebenfalls die sofortige Ausweisung der tschechischen Staatsbürgerschaft für die Minderheit der Roma. (...)

Václav Votruba, Herausgeber von „Budounost“
Sascha Stanicic, Bundesvorstandsmitglied der SAV



+ Dringend + Dringend + Dringend + Dringend + Dringend +

Nigeria: Protest gegen Unterdrückung

In Nigeria herrscht nach wie vor eine Militärdiktatur. Mit unvorstellbarer Brutalität werden Menschen, die sich gegen die Militärdiktatur wehren, verfolgt.

Ende Mai wurde der ehemalige Vizepräsident des aufgelösten Gewerkschaftsdachverbandes und jetzige Generalsekretär der Textil- und Bekleidungsarbeitergewerkschaft verhaftet, weil er das Absterben der Unabhängigkeit der Gewerkschaften kritisiert hatte. Es gibt Berichte, daß andere Aktivisten der Arbeiterbewegung im Gefängnis kastriert wurden!

ob jemand versucht, ihn zu besuchen.

Biodun Olamosu, ein weiterer Labour Militant-Unterstützer, wurde wie ein Tier gejagt. Da sie ihn nicht verhaften konnten, haben die Staatsorgane vier seiner engen Freunde als Köder für Monate gefangen gehalten. Er wurde jetzt verhaftet, als er mit einem Anwalt Kontakt aufnahm, um seinen Freunden zu helfen. Er wird unter furchtbaren Bedingungen zusammen mit brutalen Kriminellen festgehalten, wird regelmäßig geschlagen und nicht regelmäßig ernährt. Vie-

le Gefangene sterben einfach an Unterernährung, da sie nur eine Tasse Bohnen in einer Schüssel Wasser pro Tag bekommen.

Das Komitee für eine Arbeiterinternationale fordert zu einer Lawine von Protesten gegen die Verhaftungen und die Folter auf.

Protest und Forderung nach Freilassung der Aktivisten an: **General Abacha, Abuja Nigeria. Fax: 002349 523 2138. Kopien bitte an NCP, PO Box 1114, Surulere, Lagos State, Nigeria und CIU, PO Box 496 Agege, Lagos, Nigeria sowie an die SAV.**

Einträgiger Generalstreik jetzt!

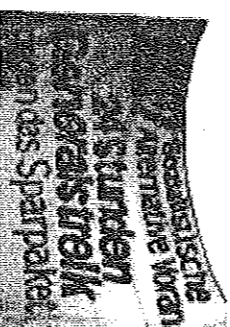


Zeitpunkt nachvollziehen können und ob sie einer solchen Auseinandersetzung mit dem Kapital gewachsen wäre.

Immer mehr Gewerkschaftsmitglieder sehen die Notwendigkeit, gemeinsame Gegenwehr zu organisieren. Ein Aufruf des DGB und der Einzelgewerkschaften zu einem einträgigen Generalstreik würde zweifelsohne massenhaft befolgt werden.

Ein unbegrenzter Generalstreik wirft aber ganz andere Fragen auf, vor allem eine: die Machtfrage! Wer hat in diesem Land zu sagen: die Arbeitnehmer und ihre Organisationen oder das Kapital und seine Regierung?

In einem unbegrenzten Generalstreik entstehen zwangsläufig alternative Machtzentren durch die streikenden Arbeitnehmer. Sie müssen Gremien schaffen, um den Streik zu organisieren, um zu entscheiden welche Dienstleistungen weiter angeboten werden, um Norversorgung zu organisieren, um zu entscheiden, welche Produkte (Nahrungsmittel, Medikamente) weiter produziert werden sollen und wie sie verteilt werden sollen, um ein eigenes Informationssystem aufzubauen.

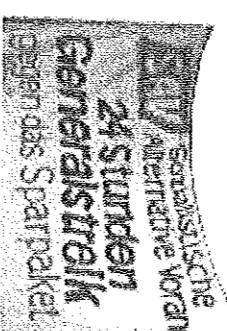


Dies wurde zuletzt bei der Bewegung der französischen Arbeitnehmer deutlich. Dort entwickelten sich lokale und betriebliche Entscheidungsstrukturen der Streikenden. Beim 10-Millionen-Generalstreik in Frankreich im Jahr 1968 war die kapitalistische Regierung faktisch entmachteter. Präsident Charles de Gaulle war schon aus Frankreich geflohen, die Arbeitern übten in vielen Fabriken die Kontrolle aus. Ihnen fehlte nur eine landesweite Koordinierung und eine Führung, die bewirkt auf die Übernahme der Macht durch die Organe der streikenden Arbeitnehmer hingearbeitet hätte.

Der britische Premierminister Lloyd George sagte 1919 zu Gewerkschaftsführern, die mit einem Streik drohten: „Wenn Sie Ihre Drohung wahrmachen und streiken, werden Sie uns schlagen, aber haben sie die Folgen abgewägt, wenn sie dies tun sollten? (...) Denn wenn im Staat eine Kraft entsteht, die stärker ist als der Staat selber, dann muß sie bereit sein die Funktionen des Staates zu übernehmen oder sich zurückziehen und die Autorität des Staates akzeptieren.“ Damals waren die britischen Gewerkschaftsführer nicht bereit diese Konsequenzen eines Generalstreiks zu tragen. Noch weniger werden heute Schulle und Zwickel bereit sein, die Machfrage zu stellen.

Deshalb ist ein unbegrenzter Generalstreik eine andere Frage. Über Erfolg oder Mißerfolg ei-

nes unbegrenzten Generalstreik entscheidet letztlich, ob die Arbeitnehmer eine kämpferische und entschlossene Führung haben. Die derzeitige Führung ist das nicht. Es ist möglich, daß sich eine neue Führung im Verlauf eines Generalstreiks entwickelt, wenn die streikenden KollegInnen immer mehr in Widerspruch zu einer zögernden und kompromißbereiten Führung geraten. Einer solchen Führung bedarf es aber nicht nur an der Spitze der Gewerkschaften, sondern auch in Form einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei. Deshalb muß heute schon der Kampf für den Aufbau einer kämpferischen innergewerkschaftlichen Opposition und für den Aufbau einer sozialistischen Alternative in der Arbeiterbewegung geführt werden.



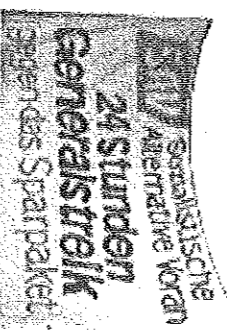
Was käme nach einem einträgigen Generalstreik?

Mit einem einträgigen Generalstreik wäre der Kampf nicht vorbei, er würde erst anfangen. Ihn müßten weitere Mobilisierungen, Streiks und Betriebsbesetzungen folgen, bis die Regierung alle Sparpläne zurückgezogen hat.

Es ist gut möglich, daß im Zuge dieser Mobilisierungen weitere 24-stündige oder auch 48-stündige Generalstreiks nötig sind. Es ist auch möglich, daß sich die Bewegung so entwickelt, daß ein unbegrenzter Generalstreik auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Das Kampfmittel des Generalstreiks ist in anderen Ländern inflationär angewandt worden, zum Beispiel in Italien oder Bolivien. Dort haben die Gewerkschaftsführer einläge, vierstündige oder auch nur fünfminütige Generalstreiks dazu benutzt, Dampf abzulassen ohne diese mit einer weitergehenden Kampfperspektive zu verbinden.

Das ist nicht, was wir fordern. Ein einträgiger Generalstreik in Deutschland könnte aber nicht zum Dampflassen benutzt werden – dazu ist die Demonstration am 15. Juni ein Versuch. Ein Generalstreik würde den Kessel erst richtig zum Brodeln bringen.



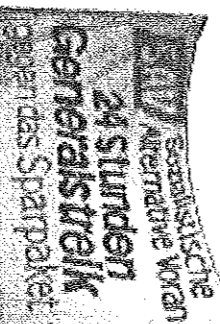
Gegen das Sparpaket ... und dann?

Mit ihrem Vorstoß für das „Bündnis für Arbeit“ haben die Gewerkschaftsführer den Unternehmern und der Kohl-Regierung den Weg zum Sparpaket geebnet. Denn sie haben die grundlegende Argumentation der Kapitalisten übernommen: „Lohnverzicht schafft Arbeitsplätze“.

Aufgrund des Drucks durch die Basis und das kompromißlose Verhalten der Arbeitgebers wurden die Gewerkschaftsführer in den letzten Wochen nach links gedrückt – wenigstens in ihren Worten. Doch Zwickel,

Volle Kampfkraft einsetzen

50 000 haben am 28. April gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten demonstriert. Die Beteiligung bei den Warnstreiks im öffentlichen Dienst und den IG Metall-Protesten gegen das Sparpaket ist groß. Am 15. Juni werden hunderttausende demonstrieren. Doch wie kann der Kampf gegen Kohl und Kapital am effektivsten organisiert werden?
von Sascha Stanicic, Köln



Die SAV stellt die Forderung nach einem einträgigen Generalstreik auf, organisiert durch die DGB-Gewerkschaften. Ein gemeinsamer Kampf aller ArbeitnehmerInnen – unter Einbeziehung der SchülerInnen, Studierenden, Arbeitslosen, RentnerInnen – ist nötig. Schließlich betrifft das Sparpaket alle.

Wieso sollen montags die Metzler auf die Straße gehen, dienstags die ÖTV-Mitglieder, mittwochs die VerkäuferInnen und donnerstags die Studierenden? Es liegt auf der Hand, daß wir nur gemeinsam stark sein können.

Kohl und Kapital hoffen, daß sie die Proteste ausitzen können. Kohl hat gesagt, ihm wür-

den die Drohungen der Gewerkschaften nicht importieren. Deshalb müssen wir sie dort treffen, wo es ihnen weh tut – bei ihrem Geld!

Wenn alle einen Tag die Arbeit niederlegen, verlieren die Unternehmen zig Millionen ihrer Profite. Streik ist die einzige Sprache, die sie verstehen. Ein einträgiger Generalstreik wäre das effektivste Mittel, einen gemeinsamen Kampf aller ArbeitnehmerInnen zu beginnen.

Ein Generalstreik würde den Grundwiderspruch dieser Gesellschaft aufzeigen: den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeiterklasse würde an diesem Tag zusammengeheißelt und sich ihrer Macht bewußt.

Die ArbeiterInnen und Gewerkschaften, nicht die Unternehmer und Staatsbürokraten entscheiden, welche Dienstleistungen an diesem Tag weiter angeboten werden, was mit der Stromversorgung geschieht usw. Die ArbeitnehmerInnen würden erleben, daß sie gemeinsame Interessen haben und daß es möglich ist für diese gemein-

sam zu kämpfen.

Kann ein einträgiger Generalstreik das Sparpaket stoppen?



Ein einträgiger Generalstreik wäre eine scharfe Warnung an Regierung und Kapital. Gerade in Deutschland hätte er eine besondere Wirkung, da die Gewerkschaftsführung seit 1948 dieses Mittel scheut wie der Teufel das Weihwasser. Ein

Massenstreik fördert die Selbstaktivität und Selbstorganisation in den Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis und beinhaltet die Möglichkeit, daß die Gewerkschaftsführung die Kon-

trolle über die Basis verliert.

Es ist möglich, daß ein einträgiger Generalstreik ausreicht, um das Selbstvertrauen der Kapitalisten zu erschüttern. Meinungsvielfachheiten über die weitere Strategie aufkommen zu lassen und sie zum Rückzug zu bewegen. Das ist aber nicht garantiert. Wenn ein einträgiger Generalstreik nicht ausreichen sollte, wäre er aber der beste Schritt, die ArbeitnehmerInnen zu weiteren Kampf-schritten zu mobilisieren.

Wieso dann nicht gleich ein unbegrenzter Generalstreik?

Viele kämpferische KollegInnen und Kollegen sagen, 24 Stunden Generalstreik sei noch viel zu kurz. Damit haben sie Recht. Aber bevor man die Forderung nach einem unbegrenzten Generalstreik aufstellt, muß man sich fragen, ob die KollegInnen und Kollegen eine solche Forderung zum jetzigen

1920: Generalstreik gegen den Kapp-Putsch

Der erste und bisher einzige Generalstreik in Gesamtdeutschland fand im März 1920 gegen den Putsch des Dr. Kapp statt. Hätte dieser die Macht ergriffen, hätte Deutschland 13 Jahre früher seine faschistische Diktatur erlebt.

Der Generalstreik wurde so massenhaft erfüllt, daß Kapp nicht einmal mehr jemanden finden konnte, der seine Regierungserklärungen anbringen wollte! Auf dem Höhepunkt waren 12 Millionen ArbeiterInnen im Ausstand. Innerhalb von vier Tagen mußte Kapp die Flucht nach Schweden ergreifen. Die Truppenteile, die ihn unterstützten kapitulieren.

1948: 24-Stunden Generalstreik am 12. November

Von 11,7 Millionen Beschäftigten in der amerikanischen und britischen Besatzungszone legten 9 Millionen die Arbeit nieder. Dieser Streik war ein Ausdruck der heftigen Klassenkämpfe, die in der Nachkriegszeit stattfanden und der sozialistischen Ambitionen der Arbeiterbewegung. 1946 sprachen sich 72 Prozent der hessischen Bevölkerung bei einer Volksbefragung für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien aus. Die

Maui und Schulte werden wieder zu faulen Kompromissen bereit sein. Deshalb muß die Hauptforderung der Bewegung sein: weg mit dem Sparpaket. Und das muß heißen: weg mit jeder einzelnen Forderung, die das Kapital in dem Sparpaket aufstellt hat. Nein zu Zugeständnissen.

Eine Massenbewegung gegen das Sparpaket ist eine politische Bewegung gegen die Politik dieser Regierung. Es geht gegen eine Regierung, die seit 14 Jahren arbeitgeberfeindliche Politik betreibt und den Unternehmen Jahr für Jahr Steuergeschenke macht. Das Ziel der Bewegung muß deshalb auch der Sturz der Kohl-Regierung sein.

Die französischen ArbeiterInnen haben sich im Herbst/Winter letzten Jahres gescheitert die Forderung nach dem Sturz der Regierung Chirac/Juppé aufzustellen, denn sie wußten nicht, was sie an dessen Stelle fordern sollen. Das ist kein französisches Problem. Die SPD trägt den Sozialabbau mit. Auch wenn sie sich gegen das Sparpaket stellt: in den Ländern und Kommunen macht sie dasselbe. Aber es gibt zur Zeit keine Alternative zu einer SPD-geführten Regierung. Der Sturz der Kohl-Regierung nach 14 Jahren wäre eine enorme Ermutigung für die Kolleginnen und Kollegen. Sie würden eine SPD-Regierung skeptisch betrachten und den Kampf gegen diese aufnehmen, wenn sie mit dem Sozialabbau weitermacht.

Wir treten für eine SPD/PDS-Regierung ein. Die PDS sollte ihren Eintritt in eine solche Regierung davon abhängig machen, daß das Regierungsprogramm ein Ende der Sozialkurungen und die Umkehrung der Umverteilungspolitik der letzten 14 Jahre vorsieht. Eine solche Regierung muß vom ersten Tag aus den Betrieben und von der Straße unter Druck gesetzt werden.

Wir brauchen eine Partei der arbeitenden Bevölkerung

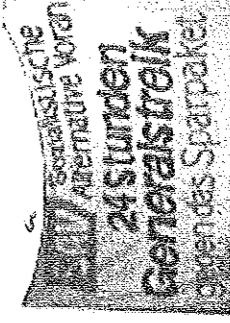
Wenn wir einer SPD/PDS-Regierung nicht trauen können, dann heißt das nichts anderes, als daß die ArbeitnehmerInnen in diesem Land heute keine eigene Partei mehr haben, auf die sie wirklichen Einfluß nehmen können und die kompromißlos ihre Interessen vertritt.

Wir brauchen eine Partei der arbeitenden Bevölkerung

Wenn wir einer SPD/PDS-Regierung nicht trauen können, dann heißt das nichts anderes, als daß die ArbeitnehmerInnen in diesem Land heute keine eigene Partei mehr haben, auf die sie wirklichen Einfluß nehmen können und die kompromißlos ihre Interessen vertritt.

Wir brauchen Sozialismus

Die Angriffe auf die arbeitende und arbeitslose Bevölkerung entspringen nicht nur dem bösen Willen von Kohl und den Unternehmen. Sie sind Ausdruck der tiefen Krise der kapitalistischen Gesellschaft und des



Sozialismus heißt, daß das planmäßig produziert wird, was gebraucht wird und nicht, was den meisten Profit für eine Minderheit von Kapitalisten bringt. In der Marktwirtschaft endet Demokratie am Werkstor. Im Sozialismus sind die Betriebe in öffentliches Eigentum überführt und werden demokratisch durch die ArbeitnehmerInnen kontrolliert und verwaltet. Alle Personen in Leitungsfunktionen sind jederzeit wähl- und abwählbar und dürfen nicht mehr verdienen als einen Facharbeitertlohn.

Deutschland befand sich damals weitgehend unter der Kontrolle der überall entstandenen Arbeitervollzugsräte und Aktionskomitees. In einigen Teilen des Ruhrgebiets und des Rheinlandes nimmt der Generalstreik die Form eines bewaffneten Arbeiteraufstandes an. Der arbeitende Arbeiteraufstand an. Der arbeitervollständige Verteidigungsminister Noske (SPD) muß zurücktreten. Doch die Führung der Arbeiterorganisationen war nicht bereit, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten und tat alles, um die Bewegung wieder in ruhige Bahnen zu lenken. Und ohne eine landesweite Führung und Koordinierung kann eine Revolution nicht siegen.

Militärverwaltung ignorierte dieses Votum und in den anderen Teilen Deutschlands wurden die geplanten Volksbefragungen abgesetzt - die Militärbehörden hatten Angst vor ähnlichen Ergebnissen.

Der Generalstreik im November war Ausdruck der Kämpfe gegen die schlechte Versorgungslage, die Währungsreform und die Angriffe der Machthaber auf die Gewerkschaften.

Die Entwicklung der SPD geht weiter nach rechts als jemals zuvor. Die Ortsvereine leeren sich, die Arbeiterbasis geht mehr und mehr verloren, die Parteilinke ist zusammengebrochen. Die SPD ist auf dem besten Weg zu einer zweiten CDU zu werden, einer bürgerlichen Partei. Diese Entwicklung ist für die SPD nicht mehr umkehrbar.

Der Kapitalismus setzt gerade eine Spirale von Arbeitsplatzvernichtung

Massenarbeitslosigkeit - Armut in Gang, aus der es im Rahmen dieses Systems kein Entkommen gibt. Am Ende dieser Spirale haben wir auf der ganzen Welt Arbeitsbedingungen wie in Indien.

Alle Konzepte von sozialer Marktwirtschaft, vertreten durch die Führungen von SPD und Gewerkschaften - oder auch „sozialistischer Marktwirtschaft“ wie in der PDS vielfach gefordert - sind gescheitert und können keine Zukunftsperspektive anbieten. Die Gesellschaft muß von Grund auf verändert werden - wir brauchen Sozialismus.

Sozialismus hat nichts mit den bürokratischen Diktaturen zu tun, die in anderen „sozialistischen“ Staaten herrschen. Sozialismus braucht Demokratie, wie der menschliche Körper Sauerstoff zum Atmen.

Sozialismus heißt, daß das planmäßig produziert wird, was gebraucht wird und nicht, was den meisten Profit für eine Minderheit von Kapitalisten bringt. In der Marktwirtschaft endet Demokratie am Werkstor. Im Sozialismus sind die Betriebe in öffentliches Eigentum überführt und werden demokratisch durch die ArbeitnehmerInnen kontrolliert und verwaltet. Alle Personen in Leitungsfunktionen sind jederzeit wähl- und abwählbar und dürfen nicht mehr verdienen als einen Facharbeitertlohn.

Dürfen wir Generalstreiken?

Ausgerechnet Gewerkschaftsführer waren es, die als erste das Mittel des Generalstreiks ablehnten und in Interviews Argumente gegen statt für ihn vorbrachten.

Georg Kümmel, Köln

„Der Generalstreik ist illegal“

Tatsache ist: Regierung und Unternehmer halten sich selber nicht an ihre Gesetze: Kanzler Kohl und alle Minister haben sogar einen Eid geschworen, daß sie „Gerechtigkeit gegen jedermann üben“ werden. Ist das Sparpaket etwa gerecht? Ist eine Politik gerecht, die seit Jahren die Reichen reicher und die Armen ärmer macht? Im vielbesungenen Grundgesetz steht auch: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Halten sich die Unternehmer etwa daran?

Und wenn Regierung und Kapital die Gesetze nicht mehr passen, dann ändern sie sie. Das Grundgesetz ist schon oft geändert worden. Bisher steht allerdings noch das „Recht zum Widerstand“ darin, gegen jeden, der die Bundesrepublik als „sozialen Bundesstaat“ abschaffen will. Und wer wird ernsthaft bezweifeln, daß die Regierung, wenn man sie gewähren läßt, alles abschaffen wird, was in diesem Staate noch sozial ist?

Regierung und Unternehmer begründen gerne den Abbau sozialer Rechte und Standards mit „Europa“. Im umgekehrten Fall scheren sie sich nicht darum. Nach international geltendem Arbeitsrecht sind Streiks gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Regierung nämlich erlaubt. In den vergangenen Jahren gab es Generalstreiks in Spanien, Griechenland, Italien, Belgien.

Die ganze Paraphrasenreiterei hat aber einen ganz anderen Hintergrund: Regierung und Unternehmer wissen, daß sie nur eine kleine Minderheit in der Gesellschaft sind. Wenn sie also per Gesetz der Mehrheit Geld wegnehmen wollen um es sich, der Minderheit, zu geben und die Mehrheit sich dann ernsthaft wehren will, bekommen sie Angst und rufen „Halt - das ist verboten“. Und Schulte und Zwickel scheinen immer noch mehr Angst um den Fortbestand der Regierung als um das Wohl und Wehe von Millionen Menschen zu haben.

Wenn die Mehrheit der Bevölkerung, laut Umfragen 75 Prozent, das Sparpaket ablehnt, wenn dann Millionen Menschen dagegen streiken, soll das dann Unrecht sein?

„Wir streiken nicht gegen ein demokratisches Parlament und eine freigewählte Regierung“

(IG-Metall-Vorsitzender Zwickel)

Warum nicht? Die Konsequenz aus dieser Einstellung wäre: Egal welche Sparschwellen, Gesetze und Maßnahmen diese Regierung beschließt, wir streiken nicht. Bleibt noch die Frage, gegen wen die IG Metall und andere Gewerkschaften denn in der Vergangenheit demonstriert und auch gestreikt haben? Zum Beispiel bei den Streiks im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952, bei den Arbeitsminderleistungen gegen das Mißtrauensvotum gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt 1972, bei den Streiks gegen die Änderung des Paragraphen 116 AFG 1986, mit den Arbeitsminderleistungen gegen die geplante Einführung von Karenztagen niederlegungen gegen das Sparpaket.

Die Regierung hat keine Mehrheit für ihr Umverteilungspaket hinter sich. Es ist absolut demokratisch, wenn ihre Pläne gekippt werden, wenn nötig durch einen allgemeinen Streik.

„Generalstreik... ist ein politischer Streik. Der ist erst einmal von uns nicht gewollt“

(DGB-Vorsitzender Schulte)

Tarifstreik ja - politischer Streik nein? Der Kampf gegen das Sparpaket hat denselben Inhalt wie ein Tarifstreik: Es geht um Geld und es ist ein Kampf zwischen arbeitender Bevölkerung und Kapital. In wessen In-

teresse und in wessen Auftrag handelt die Regierung wohl, wenn sie die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuer abschaffen und gleichzeitig die Lohnfortzahlung kürzen will? Die Regierung ist doch nur der Strohmann, der das Geschäft der Unternehmer erledigt.

Ob ein großer Tarifkampf gewonnen oder verloren wird hat große politische Auswirkungen. Wenn die Unternehmer Druck auf die Regierung ausüben, um ihre Interessen durchzusetzen, dann ist es nur recht und billig, wenn die Arbeiterbewegung Gegendruck macht, um ihre Interessen zu verteidigen. Die Unternehmer setzen ihre wirtschaftliche Macht ein, sie drohen die Produktion zu verlagern oder noch mehr Menschen arbeitslos zu machen. Was bleibt uns anderes übrig, als unsere einzige Waffe, den Streik, einzusetzen? Wenn die Kapitalisten und Regierung die Art an unsere Rechte und Einkommen anlegen, können wir uns nicht darauf beschränken, Pappschilder hochzuhalten.

„Wir haben genügend Instrumente (unterhalb des Generalstreiks), um uns zur Wehr zu setzen.“

DGB-Vorsitzender Schulte

Protestieren ja, streiken nein? Kohl sagt aber: Die Drohungen der Gewerkschaften „imponieren mir überhaupt nicht“. Eben deshalb darf nicht nur gedroht und gepöffelt werden. Oder sollen wir uns auf Maßnahmen beschränken die, wenn es hart auf hart kommt, wirkungslos sind? Beschränkt sich die Regierung etwa auf Gesetze, die wirkungslos sind?

Die Regierung hat im Verein mit den Unternehmern durch ihren Generalangriff den Generalstreik auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn im Krieg der Gegner an allen Fronten gleichzeitig angreift, dann kann man doch nicht die eigenen Truppen nacheinander in die Schlacht führen. So verheizt man die eigenen Kräfte und die Niederlage ist vorprogrammiert.

„Das Gerede vom Generalstreik hat der BDI-Präsident (Henkel) initiiert. Mit Sicherheit bewußt, weil er uns gerne genau in diese Ecke stellen würde. Und dann diskutiert alles über Generalstreik und nicht mehr über die Vorhaben der Koalition.“

DGB-Vorsitzender Schulte

Dieser Satz von Schulte ist leider kein Scherz. Aber angenommen Henkel hätte tatsächlich das „Gerede vom Generalstreik“ angeleitet: Das Ziel von Regierung und BDI-Chef Henkel ist, das Umverteilungspaket durchzusetzen. Unser Ziel ist auch nicht, darüber zu „diskutieren“, sondern es zu verhindern. Das beste Mittel, die Strategie von Henkel zu durchkreuzen, ist - einen Generalstreik zu machen.



Die Arbeitnehmer können Schultes Skrupel nicht nachvollziehen. Sie warten auf Signale der Gewerkschaftsführungen

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 181 Juni 1996

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM



Inhalt

| | |
|---------------------------|----------|
| Sparpaket und Frauen | S. 2 |
| Streik in Köln-Kalk | S. 4 |
| Castor-Transport | S. 5 |
| Warum ein Generalstreik? | |
| | S. 10/11 |

ÖTV-Tarifrunde: Vollstreik jetzt!

Kein Abschluß ohne Urabstimmung!

Das "Angebot" der öffentlichen Arbeitgeber ist eine reine Provokation. Sie wollen nicht verhandeln, sie wollen erpressen. Ihre unverstärkten Forderungen summieren sich auf eine 10prozentige Minus-Runde.

Für dieses Jahr bieten sie als „Lohnerhöhung“ ein Taschengeld von durchschnittlich 160 DM, außerdem wollen sie Azubi-Vergütungen kürzen, Überstundenzuschläge sparen und die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent später durchsetzen. Als Krönung soll das ganze Ding eine Laufzeit von 20 Monaten haben. Obendrauf kommt das Bonner Sparpaket.

Nachdem sie die Verhandlungen zum Scheitern gebracht haben, haben die Arbeitgeber die Schlichtung angeufen. Der abgehaltene CDU-Politiker Wagner soll eine Einigung erzielen. Wir meinen: Da gibt es nichts zu schlichten! Kanther will seine Angriffe auf Einkommen und Arbeitnehmerrechte mit den

SPD-Vertretern in Ländern und Kommunen im Schlepptau durchziehen. Wir können uns keinen Einkommensverlust leisten, weder 10 noch 5 Prozent. Daher müssen Urabstimmung und Vollstreik vorbereitet werden.

Die ÖTV-Führung darf keinen Schlichtungsergebnis zustimmen, ohne die Mitglieder zu befragen: Keinen Abschluß ohne Urabstimmung!

Es sieht so aus, daß das Schlichtungsverfahren bis Mitte Juni hingezogen wird. Während des Verfahrens gilt die Friedenspflicht. Das ist Verzögerungstaktik. Die Arbeitgeber wollen, daß die Kampfbereitschaft abnimmt. Warum hat sich die ÖTV-Führung von einem „neutralen“ Schlichter abhängig gemacht, der in Wirklichkeit im Auftrag von Kanther und Kohl handelt? Warum hat die ÖTV-Führung nicht ein klares Ultimatum für die Schlichtung gesetzt und deutlich gemacht, daß die KollegInnen danach nicht mehr zu halten sind?



- Wir schlagen vor:**
- **Kein Abschluß ohne die mehrheitliche Zustimmung der Mitglieder**
 - **Vorbereitung eines Vollstreiks**
 - **Volle Durchsetzung der 4,5 Prozent und der Angleichung Ost**
 - **Zurückweisung aller Angriffe und Kürzungen**
 - **Jederzeitige Rechenschaft und Abwählbarkeit der Verhandlungsführer und Tarifkommissionsmitglieder**
 - **Regelmäßige stadtweite Vertrauensleute-Vollversammlungen**
 - **Tägliche Streikversammlungen in allen Betrieben und Behörden**

Keine Schließung: AEG-TRO in öffentliche Hand!

Durch die Entscheidung des Daimler-Benz-Vorstandes, den aufgekauften AEG-Konzern aufzulösen, sind bundesweit mehrere tausend Arbeitsplätze in Gefahr.

Björn Speidel, Berlin-Treptow

Im Februar hatte der AEG-Vorstand die Schließung des Trato- und Schaltergerätewerks AEG-TRO in Berlin-Schöneeweide noch 1996 verfügt. Am 23. Mai fand dort der Aktionstag gegen die Schließung von AEG-TRO statt.

Die SAV Treptow-Köpenick hatte nach Bekanntwerden der Schließung 1500 Unterschriften für den Erhalt des Werkes gesammelt und zur Unterstützung der 500 Kollegen ein Solidaritäts-Komitee ins Leben gerufen. Dort hatten wir einen Aktionstag für den Erhalt aller Arbeitsplätze durchgesetzt.

Der Aktionstag begann mit einer öffentlichen Betriebsversammlung vor dem Werkstor, auf der

der Betriebsrat über den Stand der Verhandlungen mit dem AEG-Vorstand berichtete. Viel zu berichten hatte er nicht, 50 Arbeitsplätze seien in der geplanten Aufgangsgesellschaft sicher. Dafür gab es von den 150 anwesenden Kollegen und Unterstützern auch kaum Applaus. Viele der TROjaner arbeiteten während der Versammlung weiter oder waren schon nach Hause gegangen. Viel Hoffnung auf den Erhalt von TRO macht sich im Werk keiner mehr. Kein Wunder – Betriebsrat und IG Metall-Funktionäre hatten von Anfang an alle Hoffnungen in SPD-Politiker und Verhandlungen mit AEG gesetzt statt einen konsequenten Kampf um alle Arbeitsplätze zu beginnen.

„Gewerkschaftsführung und SPD? Alles eine Wische!“ meinte dazu ein Vertrauensmann vom benachbarten Kabelwerk KW0.